

Inhaltsverzeichnis

AP Arbeitsprogramm

AP-1	Juso Landesvorstand Bayern	Jusos Bayern – Arbeitsprogramm 2022/2023	2
------	----------------------------------	--	---

LAT Leitantrag

LAT-1	Landesvorstand Jusos Bayern	Leitantrag #bayernsiehtrot	14
-------	--------------------------------	----------------------------	----

A Arbeit und Ausbildung

C Wohnen

F Feminismus und Gleichstellung

P Partei

P-1	Jusos Mittelfranken	Wiederherstellung der Vollmitgliedschaft der SPD in der Sozialistischen Internationalen	57
-----	------------------------	---	----

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W-1	Jusos Oberbayern	Gründung kommunaler Unternehmen erleichtern	60
-----	------------------	---	----

AP Arbeitsprogramm

AP Arbeitsprogramm

AP-1	Juso Landesvorstand Bayern	Jusos Bayern – Arbeitsprogramm 2022/2023	2
------	----------------------------------	--	---

AP-1

Titel	Jusos Bayern – Arbeitsprogramm 2022/2023
Antragsteller*innen	Juso Landesvorstand Bayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Jusos Bayern – Arbeitsprogramm 2022/2023

- 1 Die Jusos Bayern sind feministisch, internationalistisch und sozialistisch. Wir sind antifaschistisch und kämpfen
2 gemeinsam für eine Welt, in der alle frei und gleich sind. Wir kämpfen gemeinsam für den demokratischen
3 Sozialismus.
- 4 Unsere Aufgaben als Richtungsverband sind vielschichtig. Einerseits verstehen wir Jusos Bayern es als unse-
5 ren Auftrag, unsere Mitglieder in jungsozialistischer Tradition durch Bildungsveranstaltungen und Kongresse
6 zu bilden. Denn nur durch die stetige Weiterentwicklung unserer Positionen und Forderungen bleiben wir
7 Sprachrohr unserer Generation und sprachfähig in all unseren Untergliederungen.
- 8 Des Weiteren sind wir ein eigenständiger Richtungsverband innerhalb der SPD. Uns ist einerseits unsere Rol-
9 le und unser Verhältnis der SPD gegenüber bewusst – es fußt auf einer kritisch-solidarischen Zusammenar-
10 beit.
- 11 Doch unsere Aufgaben beschränken sich nicht nur auf innerparteiliche und innerverbandliche Arbeit. Wir ver-
12 stehen uns als Teil der gesamtgesellschaftlichen Linken. Das bedeutet, dass unser Kampf um eine gerechtere
13 Welt nicht nur in Parteigremien und Fraktionen, sondern auch auf der Straße stattfindet – gemeinsam mit
14 unseren linken Bündnispartner*innen wie etwa den Gewerkschaften. Nur so kann eine linke Gesellschaft und
15 eine gerechte Welt dauerhaft entstehen.
- 16 Themenwerkstätten
- 17 Wir wollen die Welt verändern. Eine Welt, in der der Kapitalismus überwunden ist, das Patriarchat zerschlagen
18 und die Demokratie überall Einzug hält. Um dies zu erreichen, diskutieren, erarbeiten und fordern wir die
19 besten Lösungen. Dies geschieht neben den vielen Möglichkeiten in den Bezirken und Unterbezirken in den
20 Themenwerkstätten der Jusos Bayern.
- 21 Feminismus
- 22 Der Feminismus ist einer der Grundpfeiler der Jusos. Wir dürfen uns den Feminismus nicht nur auf unsere
23 Fahnen schreiben, wir müssen ihn alle zusammen leben!
- 24 Die Erzählung von der Überflüssigkeit des Feminismus oder die Behauptung, man bräuchte den Feminismus
25 nicht mehr, da er seine Ziele bereits erreicht habe, ist ein Märchen Anti- und Postfeministischer Akteur*innen.
26 Zugleich ist klar ersichtlich, dass jede rechte autoritäre Bestrebung unserer Zeit Angriffe auf Frauenrechte,
27 Gleichstellung und Queers inhärent sind. Ziel ist ein Rollback hinter zahlreiche rechtliche & gesellschaftliche
28 Errungenschaften der letzten Jahre und Jahrzehnte.
- 29 Wir wollen uns dabei ein Profil erarbeiten, das intersektional-queer-feministische Diskurse mit materiellen
30 Fragen verbindet und den scheinbaren Widerspruch zwischen Materialität und Identität auflösen.
- 31 Feminismus gilt es immer intersektional zu denken. Es gilt folgend zu verstehen, wie verschiedene
32 Formen der Ungleichheit oft zusammenwirken und sich gegenseitig verschärfen. Ein intersektionaler Feminis-
33 mus konzentriert sich auf die Stimmen derjenigen, die überlappende, gleichzeitige Formen der Unterdrückung
34 erleben, um die Tiefen der Ungleichheiten und die Beziehungen zwischen ihnen in jedem Kontext zu begrei-
35 fen.

36 Geschlecht verstehen wir als gesellschaftliche Strukturkategorie die Machtverteilungen und Hierarchien, Pro-
37 duktion und Reproduktion sowie Sexualität und Körperlichkeit regelt und normiert. Geschlecht hat somit sozia-
38 le Auswirkungen. FLINTA* Personen werden in unserer Gesellschaft systematisch benachteiligt. Diese Benach-
39 teiligung ist nicht biologisch erklärbar, sondern ausschließlich gesellschaftlich. Nicht die biologischen Faktoren
40 führen zu Gender Pay und Care Gap sondern gesellschaftliche Vorstellungen und Sozialisation. Mit anderen
41 Worten wenden wir uns demnach gegen Erklärungsansätze die Geschlechterverhältnisse biologisieren. Un-
42 ser Feminismus ist demnach transinklusiv.

43 Wir wollen auch das Frauenrhetorikseminar, welches wir in Rhetorik-Seminar für FLINTA*s umbenennen wol-
44 len, weiterhin anbieten und fördern, um Beteiligung von FLINTA* Personen in unserem Verband zu verstär-
45 ken.

46 Themenwerkstatt Feminismus

47 Wir wollen die Repräsentation von FLINTA*s sichtbarer machen. Überdies soll queere Vernetzung im
48 Verband vorangetrieben werden. Wir wollen im Verband weiterhin die Vernetzung von FLINTA*s fördern und
49 diese Empowern. Als Thema, welches Alle betrifft, werden wir sowohl offene als auch FLINTA*s only spaces
50 organisieren.

51 So gilt unser Kampf vor allem der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung. Die Regelung von Schwan-
52 gerschaftsabbrüchen im Strafgesetzbuch hat der Vergangenheit anzugehören, §218 StGB muss gestrichen
53 werden. Zudem wollen wir die desolate Versorgungslage bzgl. Schwangerschaftsabbrüchen insbesondere im
54 ländlichen Raum in Ostbayern, aber auch in gesamt Bayern angreifen.

55 Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln soll gewährleistet sein. Auch der Zugang zu Monatshygiene soll
56 vereinfacht werden und Konzepte dazu ausgearbeitet werden, um sog. Periodenarmut zu vermeiden.

57 Wir wollen uns vermehrt mit Gendermedizin und den Ungerechtigkeiten in der Forschung und Praxis ausein-
58 andersetzen, dabei sollen Krankheiten wie beispielsweise Endometriose im Vordergrund stehen.

59 Zu Endometriose soll am Beispiel Frankreichs an einer nationalen Strategie gearbeitet werden.

60 Das verstehen wir unter Awareness-Arbeit:

61 Aufgrund der positiven Erfahrungen der letzten Male, werden FLINTA* Vernetzung und Männerreflexionsrun-
62 den verstärkt auf allen Seminaren und Veranstaltungen der Jusos Bayern angeboten werden.

63 Jede Grenzüberschreitung ist eine zu viel! Dabei sind Grenzüberschreitungen individuell zu bestimmen.

64 Anerkennend, dass auch in unseren Reihen Machtgefälle bestehen und Übergriffe möglich sind und passieren,
65 wollen wir verbandsintern ein neues Awarenesskonzept und einen Leitfaden zum Umgang mit sexualisierter
66 Gewalt ausarbeiten. Dabei stellen wir uns auf die Seite der Betroffenen. Zudem stellen wir fest: Täter*innen
67 aus Strukturen werfen, ist feministische Praxis.

68 **Umwelt & Energiepolitik**

69 Im Hinblick auf die voranschreitende Klimakrise und die sich daraus für uns ergebenden Herausforderungen
70 setzen wir uns als Themenwerkstatt Umwelt und Energie für die kommende Zeit folgende Schwerpunkte: die
71 Mobilitätspolitik (vor allem in Hinblick auf die anstehende Landtagswahl), die sozial-ökologische Transforma-
72 tion und die Ungleichheiten, die die Klimakrise hervorruft und / oder verstärkt.

73 Bei der Mobilitätspolitik geht es uns darum, verschiedene, klimafreundliche, sozial gerechte Finanzierungs-
74 möglichkeiten aufzugreifen, neue Mobilitätsangebote zu herauszuarbeiten, gute Arbeit im Mobilitätssektor
75 auszuformulieren und einzufordern und bisherige Forderungen der Jusos weiterzuentwickeln.

76 Die Klimakrise befeuert weltweit Ungleichheiten, bedroht Existenzgrundlagen und stellt eine Bedrohung für
77 politische Systeme dar. Deshalb wollen wir als Themenwerkstatt die sozial-ökologische Transformation mit
78 Einbezug von Gewerkschaften, Betrieben, Menschen aus der Politik, Umweltverbänden und Forschungsinsti-
79 tuten diskutieren und vorantreiben. Dabei arbeiten wir mit der Themenwerkstatt Wirtschafts- und Sozialpolitik
80 zusammen.

81 Bei den Ungleichheiten, die es zu evaluieren und bekämpfen gilt, soll der Fokus vor allem auf den Themen Fe-
82 minismus in der Klimakrise und Klimaflucht liegen. Klimaschutz muss feministisch sein – vor allem im globalen

83 Süden sind FLINTA* stärker von Klimakatastrophen betroffen als cis Männer. Damit wir verschiedene Erfah-
84 rungen und Standpunkte kennenlernen, diskutieren und gegebenenfalls miteinbeziehen können, wollen wir
85 einen Austausch mit Gruppen und Verbänden schaffen, die sich für uns relevante Themen auf die Fahne ge-
86 schrieben haben. Dabei soll eng mit der Themenwerkstatt Feminismus zusammengearbeitet werden.

87 Bei allen Themen ist für uns als jungsozialistischer Verband wichtig: Solidarität und (soziale) Gerechtigkeit
88 spielen immer die zentrale Rolle. Um dies zu erreichen muss daran gearbeitet werden, den öffentlichen Diskurs
89 hin zu einer systemkritischen Haltung zu verschieben, da der alleinige Fokus auf die Privatkonsumkritik kein
90 sinnvolles Mittel zur Bekämpfung der Klimakrise sein kann.

91 Beim Bundeskongress der Jusos 2021 konnten wir mit unserem Antrag „Gerechte Landwirtschaft – sozial und
92 ökologisch“ eine jungsozialistische Perspektive auf die Landwirtschaft entwickeln. Wir möchten damit aber
93 nicht aufhören und werden das Thema weiterhin bei den Jusos Bayern etablieren – immer mit Blick auf alle
94 Aspekte der Landwirtschaft, insbesondere auch Arbeitsbedingungen und Handel. Putins Angriff auf die Ukrai-
95 ne und die damit verbundenen kommenden Ernteauffälle in der Kornkammer der Welt zeigen, dass wir eine
96 globale Perspektive auf Landwirtschaft und Ernährung brauchen – aber gerade in Bayern ist die Landwirtschaft
97 im gesamtdeutschen Vergleich bäuerlich geprägt. Deshalb ergibt sich eine besondere Situation mit Konzepten,
98 die auf Landesebene entwickelt werden möchten. Da dieses Thema viel Expertise und Zeit bündelt, erwägen
99 wir für diesen Zweck eine Person zu kooptieren.

100 Internationales

101 Delegationsreisen & Bündnisarbeit

102 Wir führen die Delegationsreise nach Sarajevo durch und arbeiten eine Publikation mit den Teilnehmer*in-
103 nen aus. Wir wollen auch 2023 eine Delegationsreise durchführen, für deren Ziel Tunesien vorbehaltlich der
104 Umsetzbarkeit geplant wird. Mittelfristig wollen wir prüfen, ob eine Delegationsreise nach Kuba umsetzbar
105 ist.

106 Wir wollen mehr internationale Gäste in Bayern empfangen und laden aktiv Genoss*innen aus anderen Län-
107 dern zu unseren Veranstaltungen ein. Im Sommer 2022 beleben wir die Alpeninternationale wieder als Platt-
108 form für Sozialist*innen aus dem gesamten Alpenraum mit einem inhaltlichen Schwerpunkt auf den Kampf
109 gegen Rechts und Nachhaltigkeitsfragen.

110 Wir bleiben aktiv bei unseren Dachverbänden und wollen in Zukunft noch mehr Verantwortung übernehmen.
111 Wir arbeiten weiter mit der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein zusammen.

112 Projektarbeit

113 Die Themenwerkstatt soll weiterhin Projekte ausschreiben und in festen Teams an diesen arbeiten. Im kom-
114 menden Vorstandsjahr möchten wir uns insbesondere mit folgenden Projekten befassen:

- 115 • Ein „Toolkit Internationalismus“ verfassen mit inhaltlichen Ausführungen sowie praktischen Tipps und
116 Tricks, internationale Solidarität in der politischen Arbeit vor Ort und überregional zu praktizieren,
- 117 • Das „Solidaritätsprojekt Ukraine“,
- 118 • Verbesserung und Strukturierung unserer Öffentlichkeits- und Informationsarbeit bezüglich globaler
119 Geschehnisse, insbesondere in Bayern und Deutschland wie den G7-Gipfel in Elmau oder die Münchner
120 Sicherheitskonferenz.

121 Im „Solidaritätsprojekt Ukraine“ möchten wir unsere friedenspolitischen Positionen diskutieren und einen neu-
122 en Grundsatzbeschluss herbeiführen, der uns in Bündnisfragen, Fragen von Krieg und Frieden sowie der So-
123 lidarität von Menschen und Völkern, die Angriffskriegen und Kriegsverbrechen ausgesetzt sind, verlässliche
124 Antworten geben kann. Zentral für dieses Projekt ist unsere Überzeugung, Solidarität mit allen von Krieg und
125 Verfolgung betroffenen Menschen auf der Welt zu üben und Wege finden zu müssen, wie das als Jugendor-
126 ganisation in Bayern und Deutschland heraus am besten gelingt. Putins Angriffskrieg in die Ukraine hat diese
127 Notwendigkeit deutlich gemacht. Unsere Solidarität mit der Ukraine soll mehr sein als nur Worte. Wir möchten
128 eine sozialistische Antwort auf Russlands Angriffskrieg finden und unsere Rolle in der Welt als sozialistische
129 Jugendbewegung diskutieren. Im Projekt sollen aus allen Bezirksverbänden mindestens zwei Personen mit-
130 wirken sowie die lokalen Arbeitskreise für Internationales.

131 Über weitere Projekte beschließt die Themenwerkstatt Internationales mit Blick auf die eigenen Kapazitä-
132 ten. Verstärkt sollen lokale Arbeitskreise für Internationales in die landesweite Arbeit mit einbezogen wer-
133 den.

134

135 Empowerment

136 Wir freuen uns sehr darüber, dass der Aktivenkreis der Themenwerkstatt sich trotz der Pandemie stetig erwei-
137 tert hat. Insbesondere die Einbindung junger Genossinnen war und ist uns weiterhin wichtig. Insofern wollen
138 wir auch im kommenden Jahr hierauf unseren Schwerpunkt setzen. Konkret wollen wir:

- 139 • neu(er) aktiv gewordene Genoss*innen weiterhin empoweren,
- 140 • mit den zusätzlichen Mitteln der Delegationsreisen und der Präsenz-Workshops noch mehr neue Aktive
141 gewinnen und einbinden,
- 142 • mittels unserer Projektarbeit (s.o.) weiterhin auch neueren Genoss*innen Verantwortung geben.

143 Bildung

144 Den Themenkomplex Bildung voranzubringen, ist uns als jungsozialistischer Verband ein zentrales Anliegen.
145 Nach über zwei Jahren Pandemie ist die Bilanz über die Arbeit der Landesregierung hier mehr als dürftig: Schü-
146 ler*innen und Studierende erlebten ein ständiges Durcheinander in Bezug auf Schutzmaßnahmen und Hygie-
147 neregelungen. Entscheidungen, beispielsweise ob Unterricht, Ausbildung und Vorlesungen in Präsenz oder
148 doch wieder Online stattfinden wurden teils mit wenigen Tagen Vorlauf kommuniziert, was sowohl für Schü-
149 ler*innen und Studierende, als auch für das betroffene Lehrpersonal – vorausgesetzt die technische Ausstat-
150 tung für gute digitale Lehre war überhaupt vorhanden – eine angemessene Vorbereitung nahezu unmöglich
151 machte. Schulen waren – und sind es teilweise bis heute noch – nicht auf den digitalen Unterricht vorbereitet,
152 Lehrer*innen nicht gut genug im digitalen Bereich geschult und Schüler*innen nicht mit den nötigen techni-
153 schen Geräten ausgestattet. Diese und viele weitere Missstände sind während der Corona-Pandemie deutlich
154 zu sehen gewesen und wurden bisher nur symptomhaft angegangen.

155

156 Doch auch jetzt, wo nun das weitgehende Ende vieler Schutz-Maßnahmen in Aussicht steht, gibt es zahlreiche
157 Probleme, die wir weiter im Blick haben. Die Defizite, die es schon vor der Pandemie gab, existieren weiter
158 und durch die Pandemie sind noch zahlreiche Probleme dazu gekommen. Das alles ist gerade für Schüler*in-
159 nen und Studierende, aber auch für das Lehrpersonal deutlich spürbar. Es existiert noch immer ein großer
160 Lehrer*innenmangel, der gerade auch durch die Verzögerungen und Schwierigkeiten, die die Pandemie für
161 viele Lehramtsstudierende mit sich brachte, voraussichtlich in den nächsten Jahren eher noch verschärft als
162 gemildert wird.

163 Vielen Schüler*innen und Studierenden fehlen wichtige Lehrinhalte, die während der Pandemie nur notdürftig
164 vermittelt werden konnten. Diese gilt es nun aufzuholen ohne dass die Betroffenen dabei zu sehr unter Druck
165 geraten.

166 Diese und weitere Probleme wollen wir in der TW Bildung diskutieren und aus den Ergebnissen ein umfassendes
167 Maßnahmenpaket für gute Bildung nach der Pandemie erarbeiten.

168 Wir wollen unsere Themenvielfalt erweitern und weitere wichtige Themen wie außerschulische und frühkind-
169 liche Bildung, die Berufsausbildung und berufsbegleitende Weiterbildung über die derzeitige

170 Beschlusslage hinaus bearbeiten und so zur Schärfung des bildungspolitischen Profils der Jusos Bayern bei-
171 tragen. Dabei betrachten wir nicht nur Schulen und Universitäten als Zentren der Bildung sondern betrachten
172 den Beitrag der Bildung ganzheitlich in allen Lebensbereichen.

173

174 Mit unserer inhaltlichen Arbeit wollen wir mit Blick auf die Landtagswahlen dazu beitragen, den

175 Themenkomplex Bildung als eine der zentralen Säulen sowohl in unserem Verband als auch in der

176 Arbeit der BayernSPD zu etablieren und hier intensiv in die inhaltliche Arbeit der Partei einzuwirken. Mit

- 177 Bildung als eines der Schwerpunktthemen unserer Jugendkampagne werden wir es uns als
178 Themenwerkstatt Bildung als zentrale Aufgabe wahrnehmen, die Jusos – besonders unsere JusoKandidierenden – inhaltlich als führende Expert*innen in Sachen Bildung aufzustellen – sowohl in der SPD, als auch in der
179 Öffentlichkeit.
180
181
- 182 Innenpolitik, Demokratie & Antifaschismus
183
- 184 Die Themenwerkstatt für Innenpolitik, Demokratie und Antifaschismus wird im kommenden Jahr die bisherige
185 Arbeit an einem Antrag zur Reformierung des Bundesamts für Verfassungsschutz fortführen.
186
- 187 Die Corona-Pandemie zeigt uns schonungslos unsere Probleme auf: Einige Menschen misstrauen dem Staat
188 und sind empfänglich für Verschwörungstheorien. Faschist*innen und Neonazis sind Strippenzieher für De-
189 monstrationen, an welchen mehrere tausend Personen teilnehmen. Antisemitische Narrative kommen erneut
190 zu Tage und werden in der Öffentlichkeit verbreitet.
- 191 Die Themenwerkstatt wird sich daher damit beschäftigen, ob und wie Faschist*innen und Neonazis durch die
192 Demonstrationen weitere Personen erreicht haben. Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Ge-
193 sellschaft und wie man Antisemitismus in Deutschland weiter effektiv bekämpfen kann, wird eine besondere
194 Rolle spielen. Zudem wird hinterfragt, worin sich das Misstrauen in den Staat begründet und ob dies mit einem
195 Misstrauen gegenüber der Demokratie als Regierungssystem einhergeht. Der Frage, inwieweit die bayerische
196 Regierung durch ständige Kurswechsel, Bereicherung an Maskendeals und Intransparenz dieses Misstrauen
197 begünstigt, soll ebenso nachgegangen werden.
198
- 199 Mit Putins Angriffskrieg in der Ukraine kommt neben vielen anderen großen Herausforderung auch die innen-
200 politische Aufgabe auf uns zu. Die SPD redet von einer "Zeitenwende", die sich auf alle Politikfelder bezieht.
201 Vom Krieg Vertriebene werden in Deutschland aufgenommen, sie sollen betreut und integriert werden. Diese
202 Prozesse beobachten wir genau.
203
- 204 Wir als Jungsozialist:innen treten unerbittlich für die Demokratie und eine offene Gesellschaft ein und stel-
205 len uns so auch künftig Antisemitismus, Faschismus, Ausländerfeindlichkeit und weiteren gruppenbezogenen
206 Menschenfeindlichkeiten sowie Verschwörungstheorien entschlossen entgegen.
207
- 208 Wirtschafts- & Sozialpolitik
- 209 Zeitenwende ist ein Begriff, den man gerade im militärischen und sicherheitspolitischen Kontext oft zu hö-
210 ren bekommt. Defakto befinden wir uns aber auch in einer ökonomischen Zeitenwende. Neoklassische Wirt-
211 schaftsmodelle versagen nun schon im Jahrestakt, Kurzarbeit ist mehr als ein Instrument für die absolute
212 Depression und die Schuldenbremse stellt sich selbst infrage. Dieser Wandel vollzieht sich unaufhaltsam und
213 dennoch ist nicht garantiert das am Ende ein besseres Leben für uns, für die arbeitende Klasse, für alle jene die
214 an der Kapitalakkumulation keinen Teil besitzen dabei herauskommt. Genau deswegen wollen wir mit jung-
215 sozialistischer Wirtschaftspolitik das Leben der 90% im Land und Global verbessern und die Voraussetzung
216 für einen breiten Systemwechsel und gesellschaftliche Utopien schaffen.
- 217 Wirtschaftspolitik:
- 218 Wir nehmen den Diskurs, der sich über die letzten Monate innerhalb der ökonomischen Veröffentlichungen
219 stark verschoben hat, zur Kenntnis und wollen hier mit Nachdruck sowohl vor unseren Mitgliedern als auch
220 nach außen hin, die durch mathematisierte VWL und ihre neoklassischen Annahmemodelle kritisieren und
221 alternative Wege aufzeigen.

222 Hierbei treten wir im Diskurs für Preisdeckel in Kernaspekten der Daseinsvorsorge ein, genauso wie wir ein
223 rasches Ende der Schuldenbremse einfordern. Wir sehen auch, dass sowohl die ökologische Krise, als auch
224 der Fakt der Ressourcenabhängigkeit mehr als nur sozialdemokratische steuerungspolitik in Kernbereichen
225 der deutschen Industrie erfordern. Hierzu wollen wir nach ausgiebiger Recherche konkrete Vorschläge zu Ein-
226 griffen und Maßnahmen vorlegen welche wir gegenüber der SPD und unserem Verband einfordern wollen.
227 Die Perspektiven einer internationalistischen, klimagerechten und sozialistischen Wirtschaft wollen wir in en-
228 ger Absprache mit den TWs Umwelt und Internat erarbeiten. Darüber hinaus und ganz fundamental, wollen
229 wir die Schlüsse aus zahlreichen links theoretischen

230 Werken endlich wieder im Verband nach vorne bringen. Das heißt, dass wir selbstbewusst für

231 Verstaatlichungen und Vergesellschaftungen streiten und unsere Idee anderer Machtverhältnisse in den Pro-
232 duktionsbeziehungen nicht aufgeben. Unsere Utopie ist und bleibt die, in der das Wirtschaftssystem den Men-
233 schen dient und nicht die Menschen dem Wirtschaftssystem.

234 Sozialpolitik:

235 Wir sehen auch, dass die Individualisierungshypothesen der letzten Jahre, am Ende ihrer Halbwertszeit ange-
236 langt sind. Wir wollen auch hier bilden und unseren Beitrag dazu leisten, dass sich der Diskurs weg von indi-
237 vidueller Verantwortung für Arbeitslosigkeit, Bedürftigkeit für sozialstaatliche Leistungen oder ausbleiben des
238 Aufstiegs durch Bildung bewegt. Das soll gerade auch vor feministischen Perspektiven gemeinsam mit der
239 TW Feminismus beleuchtet werden, denn hier hat uns Corona gezeigt wie dünn die Decke formaler Gleich-
240 berechtigung in kapitalistischen Machtverhältnissen eigentlich ist. Alleinerziehende, FLINTA-Personen in Be-
241 schäftigung und vor allem im Homeoffice haben die Einbrüche und Einschnitte wohl am härtesten zu spüren
242 bekommen, was uns in vielerlei hinsicht um Jahre zurückwirft.

243 Arbeitspolitik:

244 Gemeinsam mit der TW Bildung wollen wir uns bei Aus- und Weiterbildung um Chancengerechtigkeit und
245 Implikationen der letzten Jahre durch die getroffenen Maßnahmen kümmern. Grundsätzlich sehen wir beim
246 Thema Arbeit den Bedarf, Positionen der letzten Jahre auf Aktualität zu überprüfen und im gemeinsamen Aus-
247 tausch mit den Gewerkschaften über neue Perspektiven zu diskutieren und diese im Verband nach vorne zu
248 bringen, sowie gegenüber der SPD zu erstreiten. Aktuelle Themen wollen wir kritisch begleiten wie etwa die
249 versprochen Ausbildungsplatzgarantie aber auch die Debatte um Arbeitszeitregelungen welche in der Koaliti-
250 on geführt wird. Gerade die letzten Jahre haben uns Grenzen und Fallstricke einer globalisierten Arbeitswelt
251 aufgezeigt, deswegen wollen wir hier mit der TW Internat und im Austausch mit internationalen Gewerkschafts-
252 organisationen, insbesondere im europäischen Rahmen, neue Forderungen erarbeiten und neue organisati-
253 onsformen der Arbeiter:innenbewegung stärken. Das Thema gute Arbeit ist traditionellerweise eines der am
254 stärksten bespielten der Jusos Bayern und verlangt einerseits eine große und umfassende Expertise, zudem
255 muss in diesem Bereich auch viel Zeit und Energie zusätzlich gesteckt werden. Wir wollen nicht, dass das The-
256 ma gute Arbeit für sich alleine steht und werden deshalb zu diesem Zwecke jemanden kooptieren, um den
257 Vorstand inhaltlich und im Workload zu unterstützen.

258 Organisationspolitik

259 Der demokratische Sozialismus will organisiert sein. Unsere Schlagkraft, unsere Vernetzung und die Struktur
260 wollen wir weiter ausbauen um unsere Vorstellungen und Überzeugungen hinaus zu tragen.

261 Folgen von politischer Arbeit in einer Pandemie

262 Die Corona Pandemie hat so einiges aus dem Konzept gebracht, auch die Arbeit von uns Jusos Bayern. Wir
263 konnten nur eine Präsenz-Landeskonferenzen abhalte, mussten Briefwahlen durchführen und einiges weitere
264 in unserem Leben anpassen. Nicht immer war es leicht, denn Seminarwochenenden online sind nicht dassel-
265 be, wie sich in Präsenz zu treffen. Es nimmt einen mehr Energie, man kann am Abend keine Konversationen
266 miteinander führen, das ständige Starren auf einen Bildschirm ist zudem auch sehr anstrengend. Wir sind uns
267 bewusst, dass die Pandemie noch nicht vorüber ist. Wir wollen aber im Rahmen des Möglichen wieder ver-
268 mehrt Präsenzveranstaltungen anbieten. Das persönliche zusammenkommen, diskutieren und kennenlernen
269 ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Verbandsarbeit.

270 Es gibt auch positives aus der veränderten Situation. Wir haben gelernt, dass eintägige Treffen auch online
271 stattfinden können. Somit kann man mehr Leute einbeziehen, die für die Anreise vielleicht keine Zeit gehabt

272 hätten, sich aber online zuschalten konnten.

273

274 Auch der Anteil an Frauen hat sich gesteigert. Somit konnten wir unser quotiertes Redeverhalten einfacher
275 umsetzen und auch von anderen Mitgliedern Perspektiven zu einzelnen Themen herausfinden.

276 Wir wollen uns mit den Folgen, Nachteilen und Vorteilen von Online-Seminaren weiter auseinander setzen
277 und so unsere politische Bildungsarbeit optimieren.

278 Strukturarbeit

279 Die Strukturarbeit beschäftigt sich mit einer Stärkung und Verbesserung unserer Organisation. Dies bezieht
280 sich sowohl auf die Landesebene als auch auf Unterstützungsangebote für strukturelle, organisatorische und
281 satzungsrechtliche Fragestellungen in und aus den Bezirken.

282 Es soll gemeinsam mit dem AK Struktur, der offen ist für alle interessierten Mitglieder, bis zur Landeskonferenz
283 ein Konzept für einen in Aufbau und Arbeitsweise optimierten Landesvorstand erarbeitet werden.

284 Hier ist insbesondere zu prüfen, ob eine Aufteilung der Zuständigkeitsbereiche künftig im jeweiligen Arbeits-
285 programm festgelegt werden kann. Dies würde mehr Flexibilität und zugleich Konkretisierung bei den Schwer-
286 punktthemen ermöglichen, so dass es dadurch künftig beispielsweise für die kommende Amtszeit ordentlich
287 gewählte Sprecher*innen für aktuelle Schwerpunktthemen wie Arbeit, Landwirtschaft, Wohnen, Mobilität, Di-
288 gitalisierung, Gesundheit etc. geben könnte. Auch die ausschließlich organisationspolitische Zuordnung auf
289 einzelne Sprecher*innen soll evaluiert werden, so dass sich künftig alle Vorstandsmitglieder an organisatori-
290 schen Themen beteiligen müssen und organisationspolitische Sprecher*innen mehr Kapazitäten für inhaltli-
291 ches Arbeiten haben. Dabei soll es im Vorstand zwar klare Zuständigkeiten, aber möglichst flache Hierarchien
292 und Gleichberechtigung geben. Es wird geprüft, ob weiter ein geschäftsführender Vorstand erforderlich ist,
293 oder ob nicht alle Vorstandsmitglieder im jeweiligen Themenbereich federführend und damit auch stellver-
294 tretend für die*den Vorsitzende*n tätig sein können. Die Arbeit im Vorstand könnte künftig ähnlich den bis-
295 herigen Themenwerkstätten grundsätzlich in Teams erfolgen, die vom jeweils zuständigen Vorstandsmitglied
296 geleitet werden, aber für weitere interessierte Mitglieder aus dem Verband ebenfalls offen stehen.

297 Im Herbst 2023 steht die nächste Landtagswahl in Bayern an. Die bereits erarbeitete Strategie für eine Er-
298 neuerung der SPD auch in Bayern und eine erfolgreiche Landtagswahl mit maßgeblicher sowohl inhaltlicher
299 als auch personeller Beteiligung der Jusos wird bis dahinlaufend aktualisiert und fortgeführt.

300 Strukturkonferenz

301 Die Coronapandemie hat vieles verändert. Seminare und Konferenzen verliefen online, Veranstaltungen konn-
302 ten nicht abgehalten werden. Durch die hierzu geltenden Einschränkungen ist die politische Arbeit in man-
303 chen Fällen eingeschlafen. Um unsere politische Arbeit auch nach der Pandemie gut weiterführen zu können,
304 braucht es starke Strukturen.

305 Neben Strukturen braucht es vor allem vielfältige, niedrigschwellige inhaltliche Angebote und Präsenzformate,
306 um den persönlichen Austausch zu stärken und um als Jugendverband attraktiv zu sein.

307 Wir Jusos Bayern möchten uns daher intensiver mit unseren Strukturen auseinandersetzen und unserer ver-
308 schiedenen Untergliederungen dabei unterstützen, ihre verbandlichen Strukturen wieder aufzubauen. Hierzu
309 soll es eine Strukturkonferenz geben, die sich intensiv damit beschäftigt unsere Untergliederungen zu unter-
310 stützen und Strukturen wieder aufzubauen.

311 Auch der Landesvorstand wird sich reflektieren und die bestehende Vorstandsstruktur hinterfragen. Im kom-
312 menden Arbeitsjahr wird sich der Juso-Landesvorstand in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern verschiedene
313 Vorstandsmodelle anschauen und Vor- und Nachteile dieser diskutieren.

314

315 Bündnisarbeit

316 Als Jusos haben wir den Anspruch an uns selbst mit anderen Menschen ins Gespräch zu kommen und
317 zu bleiben. Für eine solidarische und gerechtere Gesellschaft zu kämpfen, brauchen wir viele, die zusammen
318 kämpfen.

319 Verbandsintern wollen wir weiterhin die Kommunikation aller Ebenen stärken. Zusätzlich wollen wir uns au-
320 ßerhalb unseres Verbandes mit unserer Mutterpartei, aber auch außerhalb der Parteiebenen vernetzen. Die
321 verschiedenen Krisen zeigen auf, dass wir jeden Tag für unsere Vorstellung der Gesellschaft arbeiten müs-
322 sen.

323 Gerade im Hinblick auf die Landtagswahlen wollen wir unseren Wirkungsradius unsere Partei weiterführen.
324 Gemeinsam mit anderen Arbeitsgemeinschaften möchten wir Anträge schreiben und die Zusammenarbeit
325 intensivieren. Dieser inhaltliche Austausch soll erweitert werden mit gemeinsamen Aktionen und Veranstal-
326 tungen. Die Zusammenarbeit innerhalb der Partei müssen wir erneut fokussieren. Wir wollen mit unseren
327 natürlichen Bündnispartner*innen aus den Gewerkschaften, deren Untergliederungen, der AWO, den Fal-
328 ken, den Naturfreunden und mit Organisationen aus dem progressiv-linken Spektrum zusammenarbeiten.
329 Die neue Zusammenarbeit mit BDKJ, FFF, Naturfreundejugend, KLJB und junge Ökolog*innen zu intensiviert
330 werden. Hierzu werden wir unsere Kontakte weiterführen und noch weiter ausbauen und vorantreiben. Die
331 linken Jugendorganisationen Grüne Jugend und solid sind weiterhin Partner*innen für den Wandel der Gesell-
332 schaft.

333 Für das Einwirken in die Landtagsfraktion wird verstärkt auf die Vertreter*innen der Themen im Bayerischen
334 Landtag zugegangen, um unsere Positionen und Kritikpunkte voranzubringen. Die

335 Vernetzung zwischen Mandatsträger*innen und den inhaltlich Interessierten wollen wir weiter ausbau-
336 en.

337 Als Jusos sehen wir uns als Kämpfer*innen einer progressiveren Welt. Um dies zu fördern, wollen zusammen
338 mit alten und neuen Bündnispartner:innen und unseren parteiinternen Strukturen im Gespräch sein. Dabei ist
339 die Vernetzung ein Prozess, der im nächsten Landesvorstand weitergeführt werden soll. Dabei werden neue
340 Bündnispartner:innen aktiv angesprochen und eine Gesprächsangebot gegeben, um gemeinsam politische
341 Forderungen in die Gesellschaft, aber auch die politischen Ebenen einzubringen. Das Ziel ist es, viele Lebens-
342 situationen und Verbände an einen Tisch zu bekommen. Desto mehr Menschen zusammen ein Ziel haben,
343 desto mehr können wir erreichen!

344 Öffentlichkeitsarbeit

345 Unsere Gestaltungsfähigkeit hängt nicht nur von guten Ideen ab, sondern auch davon, wie wir sie kommu-
346 nizieren und verbreiten. Entsprechend müssen wir uns nicht nur als linker Gegenpol zu neoliberalen Kräften
347 positionieren, sondern auch als solcher in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Daher kommt der Öff-
348 fentlichkeitsarbeit ein zentrale Roll in der Vorstandsarbeit zu. Unser Ziel ist es dabei, die von uns gefassten
349 Ideen, Beschlüsse und Überzeugungen unmissverständlich in der Öffentlichkeit zu platzieren und einen ein-
350 deutige Identifizierung mit uns zu gewährleisten. Wir sind die zentrale, linke Kraft in Bayern und als solche
351 müssen wir in der öffentlichen Debatte auch wahrgenommen werden.

352 Social Media

353 Daher forcieren die Verfestigung unserer medialen Präsenz sowie die Verbreiterung unserer Reichweite in
354 den sozialen Kanälen. Durch regelmäßige Posts über die Vielfalt der Aktivitäten und Themengebiete unseres
355 Verbands, Abwechslung in der Art der Medien, Austausch im Verband und darüber hinaus wollen wir dies
356 fortführen. Ferner erzielten auch aufgelegte Kampagnen hohe Reichweiten. Der Fokus liegt zum einen auf der
357 Kampagne zur Mitgliederwerbung und zum anderen auf die Landtagswahl 2023. Wir wollen eine Social Media
358 Strategie im Sinne der Kampagne für die Landtagswahl erarbeiten. Hierbei soll entweder zu politisch aktuel-
359 len Themen oder auch zu allgemeinen Themen Content entstehen. Insbesondere, weil wir dadurch Personen
360 außerhalb unserer Filterblase erreichen konnten.

361 Wir wollen für unsere Mitglieder einen Hackerton anbieten, um gemeinsam unsere Social Media

362 Aktivitäten in der Fläche voran zu bringen. Um die Reichweite unserer Beiträge zu erhöhen wollen wir in der
363 kommenden Zeit gezielt an einer

364 Steigerung von neuen Follower*innen arbeiten.

365 Es soll eine enge Zusammenarbeit zwischen Landesverband, Bezirken und Unterbezirken erfolgen. Um für
366 einen Wiedererkennungswert zu sorgen, ist die Einhaltung unseres Corporate Design selbstredend von Be-
367 deutung. Dies soll in diesem Jahr neu entwickelt und eingeführt werden.

368 Presse

369 Wir werden unsere Pressearbeit zu inhaltlichen Themen der Landespolitik weiter forcieren, um im
370 Landtagswahlkampf deutlich wahrgenommen zu werden. Häufig und kurzfristig sollen sich inhaltliche Spre-
371 cherinnen und Sprechern sowie die Leitungen der Themenwerkstätten zu aktuellen Themen äußern. Um dies
372 so einfach wie möglich zu gestalten, optimieren wir unsere Prozesse, wie Pressestatements koordiniert und
373 verbreitet werden. Direkter Kontakt zu Journalist*innen und Verbreitungswege, die schneller und direkter als
374 der e-Mail-Versand sind, sollen etabliert werden. Im

375 Wahlkampf wollen wir Jusos, die für den Landtag kandidieren Zugriff auf unser Netzwerk und unsere Reich-
376 weite ermöglichen und ihre Statements über diese verbreiten. Zudem sollen die Pressemitteilung des Juso-
377 Landesverband zukünftig stärker für die Arbeit vor Ort genutzt werden können. Wir wollen vermehrt Presse-
378 mitteilungen für die lokalen Gliederungen zur Verfügung stellen.

379 Kampa

380 Um dem Problem entgegenzuwirken, dass FLINTA*s in unseren Gliederungen leider viel zu stark unterreprä-
381 sentiert sind, starten wir in diesem Jahr mit einer Neumitglieder-Kampagne, die sich vor allem an FLINTA*s
382 richten soll. Diese Kampagne soll nach Abschluss auch ausgewertet werden um einen Überblick über die
383 Kampagnenfähigkeit der Jusos Bayern zu gewinnen und um mögliche Schwächen bis zur Landtagswahl zu
384 identifizieren und zu beheben.

385 Über das Jahr hinweg wird auch der Fokus auf der Konzeption der Landtagswahl-Kampagne 2022 liegen. Als
386 Basis der Kampagne wird unser Jugendwahlprogramm fungieren, welches wir im Laufe des Jahres verabschie-
387 den wollen. Ziel ist es sowohl in den sozialen Medien als auch vor Ort, von den jungen Menschen in Bayern,
388 als progressive linke Stimme wahrgenommen zu werden. Dabei möchten wir uns vor allem von den Grünen
389 und den Liberalen abgrenzen und verdeutlichen, dass die Sozialdemokratie die besten Angebote für unsere
390 Generation bereithält.

391 Um auf dem Erfolg der Bundestagswahl aufzubauen, arbeiten wir auch kritisch-solidarisch an der
392 Landtagswahl-Kampagne der BayernSPD mit und wollen sowohl von innen als auch außen geschlossen auf-
393 treten und agieren.

394 Neben diesen größeren Projekten wird es im Sommer auch eine kleinere Kampagne zu politischer Bildungsar-
395 beit in Bayern geben. Dabei möchten wir das Thema nochmal für uns als Verband aufgreifen wie neu denken
396 und juso-nahe politische Bildungsstätten unterstützen. Des Weiteren wird es aber auch wie gewohnt spontane
397 Kampagnen zu aktuellen Themen geben, damit die Jusos Bayern als aktiver jugendpolitischer Akteur wahrge-
398 nommen wird.

399 Politische Bildung

400 Als Jusos Bayern legen wir schon immer viel Wert auf die politische Bildung und Schulung unserer Mitglieder.
401 Wir verstehen politische Bildung als einen Grundpfeiler für eine erfolgreiche Zukunft unseres

402 Verbandes, da durch diese die Grundlage für unsere politische Arbeit geschaffen wird. Politische

403 Bildung betrifft alle Themen und Bereichen in denen wir als Jusos aktiv sind. Aktuell haben wir viele Mitglie-
404 der mit einer großen Expertise in den verschiedensten Themenbereichen, davon profitieren wir als Verband.
405 Um auch zukünftig erfolgreiche politische Arbeit leisten zu können müssen wir unsere neuen Mitglieder dazu
406 befähigen und ihnen das vorhandene Wissen weitergeben und vermitteln.

407 Einer unserer wichtigsten Aufgaben im kommenden Vorstandsjahr wird es erneut sein, unserer Seminarpro-
408 gramm und unsere Angebote fortzusetzen und auszubauen. Dazu wollen wir ein klar festgelegtes Jahrespro-
409 gramm anbieten, dass es unseren Mitgliedern und Interessierten ermöglicht sich frühzeitig für die passenden
410 Seminar anzumelden. Neben der Vermittlung von Wissen an unsere Mitglieder ist und bei unserem Bildungs-
411 programm wichtig,

412 dort einen sicheren Raum für FLINTA*-Personen zu schaffen.

413 Dies gelingt uns, indem wir an allen Seminaren feste FLINTA*-Vernetzung und Männerreflexionen etablie-
414 ren.

415 Um die Qualität unserer Seminare auch für die nächsten Jahre sicherzustellen und die besten und aktuellsten
416 Methoden anzuwenden, wollen wir wieder ein Train the Trainer anbieten. Fakt ist: Das Vermitteln unseres
417 demokratisch-sozialistischem Grundverständnisses bleibt dabei

418 Priorität.

419 **JSAG**

420 Die Juso-Schüler*innen- und Auszubildendengruppe Bayern stellt eine bedeutende Vorfeldorganisation an
421 den bayerischen Schulen und Berufsschulen dar. Leider hat auch die Struktur der JSAG in den Corona-Jahren
422 innerhalb des Verbands gelitten. Wir werden daran arbeiten, die Schüler*innen und Auszubildendengruppe
423 wieder zu beleben und in all ihren Anliegen zu unterstützen. Die JSAG ist aufgrund ihrer inhaltlichen Ausgewo-
424 genheit zwischen den Interessen der Schulbildung als auch die Themen innerhalb der Berufsausbildung eine
425 unerlässliche Gruppe des Landesverbands.

426 **Hochschulgruppen**

427 Gemeinsam mit den Juso Hochschulgruppen kämpfen wir – gerade vor den Vorzeichen der

428 Hochschulreform rund um das bayerische "Hochschul-Innovations-Gesetz" – weiter für die

429 Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft. Mitsprache und demokratische Teilhabe an den Univer-
430 sitäten und Hochschulen sollen im Hochschulgesetz festgeschriebene Mindeststandards gesichert sein. Stu-
431 dierendenvertretungen sollen nicht nur juristische Personen mit Satzungs- und Budgethoheit sein, wir setzen
432 uns auch dafür ein, dass die Stimme der Studierenden insgesamt mehr

433 Gewicht – vor Ort, wie auch auf Landesebene – erhält. Auch setzen wir uns für eine Verbesserung der Qualität
434 der Lehre durch Verkleinerung der Betreuungsschlüssel ein. Dafür ist eine ausreichende Finanzierung aller
435 Hochschulen unabhängig von Drittmitteln unabdingbar.

436

437 Die Juso Hochschulgruppen unterstützen wir bei Ihrem Vorhaben, die Arbeit auf Landesebene auszubauen und
438 sich als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Sprachkanal der bayerischen Studierenden zu
439 etablieren. Dazu soll es zum Regelfall werden, zwei Landeskoordinationstreffen im Jahr durchzuführen. Um
440 einen regen Austausch zwischen

441 Hochschulgruppen und Jusos zu gewährleisten, bauen wir darüber hinaus die Kooperation zwischen

442 HSGn und der Themenwerkstatt Bildung z.B. durch gemeinsame Seminare aus

443 Landtags- und Bezirkstagswahl

444 Wir Jusos Bayern wollen dieses Jahr nutzen um mit viel Elan das Wahljahr 2023 vorzubereiten. Mit den Leit-
445 anträgen zu Bildung, Wohnen und Mobilität legen wir den Grundpfeiler für einen eigenen Jugendwahlkampf.
446 Um auf alle Bedürfnisse und drängenden Veränderungen in Bayern einzugehen wollen wir ein eigenes Jugend-
447 wahlprogramm erarbeiten. Die Ausgestaltung des Jugendwahlprogramms wollen wir durch einen offenen und
448 partizipativen Prozess gestalten an dem alle Genoss*innen im Freistaat teilnehmen können. Das Jugendwahl-
449 programm soll in vielen Bereichen auf die Herausforderungen von Junge Menschen im Freistaat eingehen.
450 Unsere Leitthemen und das Jugendwahlprogramm bringen wir aktiv in die BayernSPD ein und gestalten dort
451 den Programmprozess mit. Um unsere Forderungen und Vorstellungen auch wirklich umsetzen zu können
452 wollen wir unsere Genoss*innen, welche Jusos sind, ermutigen und empowern für die Landtags- und Bezirks-
453 tagswahl zu kandidieren. Wir wollen sowohl eine Veränderung auf der Straße und im Diskurs bewirken als
454 auch den Landtag radikal jungsozialistisch besetzen. Dazu werden wir die Bezirke im Aufstellungsprozess der
455 Kandidierenden unterstützen.

456 BayernSPD

457 Uns Jusos Bayern und die BayernSPD verbindet ein kritisch-solidarisches Verhältnis. Daher beschränken wir
458 die Zusammenarbeit mit der Mutterpartei nicht nur auf Wahlen und die Vorbereitung dieser, sondern Wir
459 wollen weiterhin innerhalb der SPD und in den Parlamenten Verantwortung übernehmen. Dabei sehen wir
460 unsere Rolle nicht als Kaderschmiede für die SPD sondern wollen in einem sinnvollen Maß und Rahmen Per-
461 sonen empowern und unterstützen, wenn sie für Ämter und Mandate kandidieren. Ämter und Mandate sind

462 kein Selbstzweck sondern müssen immer konkrete jungsozialistische Politik ermöglichen und erkämpfen. Wir
463 haben im letzten Jahr, durch unsere Anstrengungen, wahrlich großes erreicht und die Bundestagswahl ge-
464 wonnen. Damit ist unsere Arbeit aber noch lange nicht getan. Es hat sich gezeigt, dass wir als eigenständiger
465 Verband innerhalb der SPD auch auf unsere Mutterpartei einwirken können. Wir dürfen uns jedoch nicht aus
466 Freude über einen lang ersehnten Wahlsieg von unseren Positionen abbringen lassen. Ja, wir haben aus den
467 Fehlern der Vergangenheit gelernt, aber gerade bei der anstehenden Landtagswahl bringen uns Appelle an
468 Einigkeit nicht weiter, ohne Kritik können wir uns nicht weiterentwickeln. Wir brauchen inhaltlichen Diskurs,
469 um weiterhin auf eine inhaltliche, strukturelle und personelle Erneuerung der SPD hinzuarbeiten.

470 Bundesebene

471 Die Jusos Bayern werden sich weiterhin kritisch-solidarisch in bundespolitische Fragestellungen und die Frage
472 der Verbandsstrategie der Jusos einbringen. Dies tun wir durch unserer Vertreter*innen im Bundesvorstand
473 genauso wie durch eine starke inhaltliche Arbeit auf dem Juso-Bundeskongress.

LATeitantrag

LAT Leitantrag

LAT-1 Landesvorstand Jusos Bayern	Leitantrag #bayernsiehtrot	14
--------------------------------------	----------------------------	----

LAT-1

Titel	Leitantrag #bayernsiehtrot
Antragsteller*innen	Landesvorstand Jusos Bayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Leitantrag #bayernsiehtrot

1 Im Herbst 2023 wird der 19. bayerische Landtag gewählt. Unsere Aufgabe als linker Richtungsverband in der
2 bayerischen Sozialdemokratie ist es, die Perspektiven junger Menschen aufzugreifen und die gesellschaftliche
3 Lage in Gänze zu verbessern.

4 Wir sehen die drei größten Problemstellungen und Herausforderungen unserer Zeit innerhalb Bayerns in den
5 Themen Bildung, Mobilität und Wohnen.

6 Für diese drei Schwerpunkte ergeben sich folgende Standortbestimmungen und Forderungen, um diese in
7 jungsozialistischer Tradition anzugehen.

8

9 **Bildung endet nie – Chancengleichheit JETZT!**

10 Damit das bayerische Bildungssystem seinem Bildungsauftrag vollumfänglich nachkommen kann, muss sich
11 unserer Meinung nach noch einiges ändern. Zuerst muss Bildung für alle zugänglich sein. Deshalb fordern
12 wir die Gewährleistung einer barrierefreien Bildung. Das bedeutet für uns, dass Personen in Bildungskontex-
13 ten mit geistigen und körperlichen Beeinträchtigungen, Migrationshintergrund, aus einkommensschwachen
14 oder nicht-akademischen Haushalten und mit psychischen Problemen stärker in den Mittelpunkt gestellt und
15 gefördert werden. Um auf alle nach Bedarf eingehen zu können müssen Pädagog*innen entsprechend ge-
16 schult werden.

17 Dazu gehört die Aufklärung und der Umgang mit Neuro-Diversität, und psychischer Gesundheit. Das beinhaltet
18 neben der Beschäftigung mit Lernbeeinträchtigungen wie z.B. Lese-Rechtschreib-Schwäche (LRS) und Dyskal-
19 kulie auch die Auseinandersetzung mit Neurodivergenzen wie Aufmerksamkeitsdefizit-(Hyperaktivitäts-)Syn-
20 drom (AD(H)S) und Autismus-Spektrum-Störung (ASS) usw. Neben der pädagogischen Ausbildung muss auch
21 eine entsprechende Finanzierung zur Verfügung stehen. Dazu gehört die Ausstattung von Lehreinrichtungen,
22 die Schulung des

23 Lehrpersonals, aber auch die finanzielle Sicherheit der lernenden Personen. Um diese zu gewährleisten, sollen
24 Bildungseinrichtungen so finanziell ausgestattet werden, dass alles was im Bildungskontext angeboten wird,
25 auch von diesen finanziell getragen werden kann, um so die Chancengleichheit aller Bürger*innen zu gewähr-
26 leisten. Darunter fallen bspw. das Lehrpersonal, Lehr- und Lernmaterialien, sowie Umsetzung pädagogischer
27 Konzepte. Im Bereich der Erwachsenenbildung wird dies über ein zusätzliches Bildungsgeld ermöglicht.

28 Demokratisierung von Bildungseinrichtungen

29 Bildung muss auf alle Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens einwirken, so auch auf unsere demo-
30 kratischen Grundwerte. Aktuell ist davon aber in Bildungseinrichtungen wenig zu spüren. In kaum einem ande-
31 ren Bundesland gibt es so wenig Partizipation, Mitbestimmung und demokratische Teilhabe wie in Bayern. Ziel
32 von Bildungseinrichtungen sollte aber nicht die "Herstellung" marktkonformer arbeitsbereiter Mitbürger*in-
33 nen sein, sondern die Bildung von mündigen Demokrat*innen.

34 Deshalb fordern wir mehr Partizipationsrechte für Personen in Aus-/ Weiterbildung, die auch gesetzlich festge-
35 halten werden müssen. Wie weit Partizipation geht, darf nicht vom Gutdünken von Lehrkräften, Dozierenden
36 o.ä. abhängen. Hier müssen auch Kompetenzen und Rechte dieser Gremien fest gesetzlich verankert werden.

37 Außerdem muss Partizipation auf allen Ebenen möglich sein, angefangen von der Bildungseinrichtung vor Ort,
38 bis hin zur überregionalen Repräsentation auf Bundesebene, beispielsweise Azubiwerke,

39 Studierendenwerke und Schüler*innenvertretungen. Demokratisches Lernen muss schon im Bildungsumfeld
40 beginnen, indem Demokratie (vor-)gelebt wird und über die Rahmenbedingungen der eigenen Bildung mitbe-
41 stimmt werden kann.

42 Akademische und berufliche Bildung gleichstellen

43 Wir fordern, dass die Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung weiter vorangetrieben wird.
44 Dazu zählt neben der gleichen Gewichtung der Abschlüsse auch die Gleichbehandlung, Förderung und Unter-
45 stützung von Schüler*innen, Studis und Azubis. Wir fordern die Einführung von Azubiwerken analog zu den
46 Studierendenwerken.

47 Inklusion und Barrierefreiheit

48 Zum barrierefreien Lernen gehört auch der Nachteilsausgleich, der es ermöglicht, Personen mit psychischen,
49 und körperlichen Beeinträchtigungen oder psychische Faktoren, die das Lernen erschweren können, in das
50 Bildungssystem zu integrieren. In Bayern sind wir weit hinterher was den Nachteilsausgleich angeht. Es gibt
51 nicht genügend psychologische Unterstützung. Dadurch werden Personen mit dem entsprechenden Bedarf
52 in Bildungseinrichtungen nicht ausreichend betreut. Es mangelt an Integration und Solidarität, sowie dem
53 Verständnis und Wissen über

54 Behinderungen, Lernschwierigkeiten und sowie Neurodiversität & Neurodivergenz.. Daher fordern wir vom
55 Freistaat mehr Solidarität und Unterstützung für diese Menschen. Institutionen müssen hierbei auch die rich-
56 tige Unterstützung und Anlaufstellen anbieten, damit Betroffene die Hilfe und Förderung erhalten, die sie
57 benötigen. Dazu gehören auch Anti-Mobbing Kampagnen, die dabei helfen sollen, Mobbing oder gar sozia-
58 le Intoleranz zu verhindern und ein harmonisches Miteinander zu ermöglichen. Neben Legasthenie gibt es
59 auch andere Lernschwierigkeiten, die nicht genügend angesprochen werden und keinen Nachteilsausgleich
60 bekommen. Lernschwierigkeiten wie Dyskalkulie sollten genauso anerkannt werden wie Dyslexie. Ebenso soll-
61 ten Neurodivergenzen wie bspw. AD(H)S und ASS als potenziell lernbeeinträchtigende Faktoren anerkannt
62 werden, damit Lernende richtig gefördert werden können.

63 Wir fordern:

- 64 • mehr Aufklärung und Weiterbildung von Pädagog*innen zu Themen wie Behinderungen, Lernschwie-
65 rigkeiten und Neurodiversität & Neurodivergenz;
- 66 • die Einrichtung multiprofessioneller Teams auf allen Bildungsebenen
- 67 • leichteren Zugang zu Hilfsmaterial und Unterstützung wie beispielsweise LeseSoftwares,
- 68 • Notizhilfen und Schulbegleitung;

69 Aber auch Menschen mit Migrationshintergrund und Familien mit sozioökonomischen Nachteilen müssen glei-
70 che Bildungschancen erhalten. Der sozio-ökonomische Hintergrund ist darüber entscheidend, ob sich Schü-
71 ler*innen Unterstützung leisten können, also sowohl Verpflegung, Materialien als auch individuelle Förderung.
72 Dies führt zu einer eklatanten

73 Bildungsungerechtigkeit, die wir bekämpfen wollen. Wir fordern deshalb mehr finanzielle

74 Unterstützung für alle in Ausbildung befindlichen Personen und ihre Familien, sowie für die Bildungsein-
75 richtungen selbst. Darunter fallen Lernmaterialien, Bildungsreisen und eine nahrhafte gesunde Verpfle-
76 gung.

77 Dazu fordern wir mehr Integrationsprogramme und Hilfen für Menschen mit

78 Migrationshintergrund, gerade auch für die Eltern von schulpflichtigen Kinder, damit sie sich in das deutsche
79 Schulsystem einfinden und wohl fühlen können. Diese

80 Integrationsprogramme sollen sich auch darum kümmern, dass benachteiligte Menschen eine Chance bekom-
81 men, am gesellschaftlichen Leben mitwirken zu können. Hilfreich wäre auch die Einführung von Workshops für
82 sogenannte "Lifeskills", die alle Schüler*innen und Studierende dabei helfen, Sachen des Alltags problemlos zu

83 bewerkstelligen. Bildung muss auch dafür da sein, jungen Menschen dabei zu helfen, sich in die Gesellschaft
84 einzugliedern und sich eine gute Lebensqualität zu schaffen.

85 Für eine inklusive Schule ist auch die Klassengröße und Ausstattung mit Lehrkräften entscheidend. Wir wollen
86 deshalb auch weiterhin langfristig auf eine maximale Zahl von 18 Kindern pro Klasse hinwirken. Außerdem
87 fordern wir gemäß unserer Beschlusslage die Unterstützung durch sonderpädagogische Lehrkräfte, womit
88 sich ein Bedarf von zwei Lehrkräften pro Klasse ergibt.

89 **Digitales Lernen**

90 Wir brauchen eine moderne digitale Infrastruktur, die digitales Lernen heute und morgen ermöglicht und
91 gleichzeitig chancengerechtes Lernen für alle gewährleistet. Daher fordern wir:

92 • Schnelles Internet und W-LAN ausnahmslos in allen Bildungseinrichtungen – Kostenlose Versorgung
93 der der Schüler*innen, Auszubildenden, Studierenden, Lehrkräfte und Refrendar*innen mit Endgerä-
94 ten

95 • Digitales Nutzungskonzept für Schulen mit Leihmöglichkeiten von Tablets für Schüler*innen

96 • Vermittlung von Medienkompetenz und Nutzung digitaler (Ausbildungs-) Technik in der
97 Ausbildung

98 • Ausbau digitaler Infrastruktur in den Betrieben, Schulen, Hochschulen und beruflichen

99 Schulen

100 • Angebot von Onlinevorlesungen und Aufzeichnung an Hochschulen

101 • Ausstattung der Schüler*innen, Azubis und Studierenden mit der notwendigen Software – Die digitale
102 Verwaltung an Hochschulen einführen

103 **Frühkindliche Bildung**

104 Arbeitende Eltern und solche, die wieder in ihren Beruf einsteigen wollen, stehen noch immer vor dem Pro-
105 blem, dass noch immer nicht für jedes Kind in Bayern ein Kita- oder Krippenplatz zur Verfügung steht. Deshalb
106 fordern wir einen umfassenden Ausbau der Kita- und Krippenplätze, verbunden mit der personellen Aufstoc-
107 ckung bestehender und geplanter

108 Einrichtungen. Wie in so vielen Teilen der Bildungssystems müssen wir auch bei den

109 Jüngsten einem eklatanten Personalmangel entgegenblicken. Die chronische strukturelle Unterfinanzierung
110 von Berufen in Bildungskontexten ist auch hier der Grund für fehlendes pädagogisch qualifiziertes Personal,
111 diese Lücke kann auch nicht einfach durch

112 Quereinsteiger*innen geschlossen werden. Um die Situation zu entschärfen, fordern wir eine bessere Be-
113 zahlung, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die sich durch die CoronaPandemie nochmals verschärft
114 haben und die vollständige Übernahme der Kita- und

115 Krippengebühren durch den Freistaat, um allen den gleichen Zugang zu frühkindlicher

116 Bildung zu ermöglichen. Außerdem fordern wir weiterhin einen kostenlosen Schwimmunterricht ab dem zwei-
117 ten Kindergartenjahr, da dieser besonders stark vom sozioökonomischen Hintergrund abhängig ist. Dazu ge-
118 hört auch ein Ausbau- und Sanierungsprogramm für öffentliche Schwimmbäder.

119 **Schulische Bildung**

120 **Lehrer*innen – Offensive**

121 Im Zuge der Neuerungen im Schulsystem ist es unabdingbar, eine fundierte Ausbildung der Lehrer*innen
122 ebenso mitzudenken. Viel zu lange wurden medienwirksame Änderungen propagiert und die tatsächlichen

123 Belastungen ohne Vorbereitung auf das Schulpersonal abgewälzt. Deshalb fordern wir für die Lehramtsaus-
124 bildung eine grundlegende Änderung und Anpassung an das System der Solidarischen Gemeinschaftsschu-
125 le.

126 Um eine inklusive Gleichbehandlung der heterogenen und vielfältigen Personenkreise zu gewährleisten, muss
127 eine fundierte Kenntnis über Diversität und verschiedenste Kulturen geschaffen werden. Nur durch derartige
128 interkulturelle Kompetenzen können angehende Lehrkräfte diese Grundlagen an die Schüler*innen, sowie in
129 der frühkindlichen Bildung vermitteln.

130 Aus diesen Gründen fordern wir die Einführung eines dem Bologna-Prozess adäquaten

131 Lehramtsstudienganges, bei dem die frühzeitige Entscheidung für einen bestimmten Schultypus entfallen
132 muss. Hierfür werden im ersten Schritt die Lehrer*innenausbildung zusammengelegt, um eine ganzheitliche
133 Ausbildung und ein pädagogisches Fundament zu schaffen. Bis zur Einführung der Solidarischen Gemein-
134 schaftsschule kann somit mehr Flexibilität innerhalb der Lehrer*innenbildung entstehen und auf aktuellen
135 Bedarf durch die

136 Studierenden selbst reagiert werden. Neben der Abschaffung von Zugangsbeschränkungen

137 (NC) muss zwingend das Angebot der Studienplätze ausgebaut und mit der nötigen Finanzierung versehen
138 werden. Ebenso ist es zwingend erforderlich, die Vergütung der aktuell noch unterschiedlichen Schultypen auf
139 ein gemeinsames Level anzuheben (A13 für alle Lehrkräfte, Anpassung der Vergütung der Fachlehrer*innen).
140 Ferner muss schnellstmöglich ein Schub der Medien- und Digitalkompetenz innerhalb der

141 Lehrer*innenausbildung integriert werden, so dass dies zu einer grundlegenden Vermittlung auch innerhalb
142 der Schule stattfinden kann.

143 Anschließend an diese schnell umzusetzenden Maßnahmen soll ein neues, zweistufiges System eingeführt
144 werden. Dieses modularisierte Studienmodell besteht aus einer zweistufigen Lehramtsausbildung, welche mit
145 einer Regelstudienzeit von sechs Semestern mit dem Bachelor of Education abgeschlossen wird, worin neben
146 den fachbezogenen Studienanteilen ein Schwerpunkt auf die pädagogischen, psychologischen und didakti-
147 schen

148 Aspekte gelegt wird. Daran anschließend folgt ein an den Bachelor gekoppelter

149 Masterstudiengang (Master of Education), welcher in vier Semestern den Schwerpunkt auf fachbezogene Stu-
150 dieninhalte legen lässt. Nach diesen zehn Semestern erfolgt die Zulassung

151 der Studierenden als Lehrkräfte an der Solidarischen Gemeinschaftsschule. Das Staatsexamen wird abge-
152 schafft. Um einen höheren Realitäts- und Praxisbezug des Lehramtsstudiums zu gewährleisten sind Praxisse-
153 mester ein integraler Bestandteil dieser notwendigen Reform. Wir fordern diese im Umfang von drei Semes-
154 tern, welche einer adäquaten Bezahlung und ausreichenden Lehrbefähigungen unter professioneller Leitung
155 zu Grunde liegen muss.

156 Um den akuten Lehrer*innenmangel, sowie den allgemeinen Mangel an pädagogischem Fachpersonal kurz-
157 und mittelfristig abzufedern, fordern wir darüber hinaus die Schaffung von pädagogischen Ausbildungen und
158 Weiterbildungen, um geschultes Personal an allen bayerischen Bildungsinstitutionen bereitzustellen. Hierbei
159 werden Interessierte in grundlegenden, pädagogischen Methoden und Sachlagen unterrichtet und ausgebil-
160 det. Die 1-2-jährige Ausbildung/Schulung mündet in einer Anstellung im Beamt*innenverhältnis, um eine gesi-
161 cherte Motivation und personelle Absicherung an Bildungseinrichtungen sicherzustellen. Dies macht die Ein-
162 stellung von pädagogisch nicht ausreichend unterwiesenen Personen an Schulen und anderen Institutionen
163 hinfällig.

164 **Das System der Solidarischen Gemeinschaftsschule**

165 Wir fordern die Vereinigung aller Schulformen in einem System der solidarischen

166 Gemeinschaftsschule, mit dem Ziel, an einer Schule alle derzeitigen Abschlüsse erlangen zu können. Dabei
167 umfasst die schulische Laufbahn an der Gemeinschaftsschule mindestens 10 Jahre, mit der Option einer drei-
168 jährigen Oberstufe mit dem Erwerb der allgemeinen Hochschulreife. Der Übertritt an weiterführende Schulen

169 soll kurzfristig erst nach 6 Jahren erfolgen und langfristig komplett abgeschafft werden. Darüber hinaus soll
170 an der weiterführenden Schule das Interesse und die Stärken der Schüler*innen im Vordergrund stehen. In
171 den Modulen enthalten sind unter anderem auch die Vermittlung von alltägliche Kompetenzen zur Vorberei-
172 tung auf das Erwachsenenleben mit Schwerpunkten auf Gesundheit, Resilienz und Fähigkeiten den Alltag zu
173 meistern.

174 Ebenfalls braucht es gezielte Förderungen, wie z.B. die Schaffung von kostenfreien international anerkannte
175 Sprachprüfungen. Zusätzlich fordern wir das Aufbrechen der Schulfächer und ein Fächersystem nach dem
176 Vorbild des finnischen Modells, mit der Möglichkeit Zu- und Abwahl. Von Beginn an soll das Zusammenleben
177 verschiedener Religionen und Weltanschauungen in unserer Gesellschaft gelernt werden, deshalb fordern wir
178 für alle einen gemeinsamen Ethikunterricht. Dieser soll nach Religionswissenschaftlichen und Philosophisch-
179 Ethischen Maßstäben gestaltet werden. Durch eine erhöhte Flexibilisierung, beispielsweise durch ein modu-
180 lares System, können Schüler*innen gezielt gefördert werden. Dabei arbeiten die

181 Gemeinschaftsschulen mit regionalen Vereinen, wie z.B. mit Sport- und Musikvereinen zusammen, um einen
182 kostenlosen Zugang zu Sportgeräten und Instrumenten zu gewährleisten. Außerdem soll die Gemeinschafts-
183 schule wie auch andere Schularten einem gebundenen Ganztagsystem entsprechen mit den einhergehenden
184 Forderungen nach kostenloser und guter Verpflegung und der Abschaffung von Hausaufgaben, um die zuneh-
185 mende Ungleichheit nicht in einen ungleichen privaten Raum zu befördern. Selbstverständlich soll auch die
186 Gemeinschaftsschule eine demokratische Schule sein und nach derartigen Kriterien entsprechend gestaltet
187 werden.

188 **Schulausstattung**

189 Um gute Bildung für alle Schüler*innen zu ermöglichen muss auch bei der Ausstattung der Schulen selbst
190 angesetzt werden. Ein generelles Handyverbot an Schulen erscheint uns nicht mehr zeitgemäß. Es sollen in-
191 dividuelle Regelungen in den Schulen unter Einbeziehungen der gesamten Schulfamilie getroffen werden, in
192 wie weit Handynutzung im Klassenzimmer zulässig ist.

193 **Lehrmaterial**

194 Lernmaterial und Lehrmittel müssen für alle zugänglich kostenlos in den Schulen vorhanden sein. Das schließt
195 explizit Schreibwaren wie Blöcke, Stifte, Lineale etc. und weitere schulische Hilfsmittel wie Taschenrechner
196 mit ein. Schulbücher müssen in analoger und digitaler Form ausreichend vorhanden sein. Die verwendete
197 Software soll bayernweit vereinheitlicht und durch Lizenzen für den ganzen Freistaat gedeckt sein.

198 **Versorgung**

199 Ebenfalls dient es der Gleichstellung aller Schüler*innen, wenn sie in der Schule grundsätzlich ein kostenfreies,
200 warmes und vollwertiges Mittagessen einnehmen können.

201 Neben dem leiblichen muss auch das seelische Wohl der Schüler*innen gewährleistet werden. Schulpsycho-
202 logische Betreuung ist hierzu der Schlüssel. Diese kann nicht allein von den Lehrkräften geleistet werden.
203 Daher müssen neue Stellen für Schulpsycholog*innen und Sozialarbeiter*innen geschaffen werden, um eine
204 flächendeckende Betreuung sicher zu stellen. Zunächst muss angestrebt werden, dass es mindestens eine*n
205 Schulpsycholog*in und eine*n Sozialarbeiter*in pro Schule gibt. Dabei muss ein*e Schulpsycholog*in min-
206 destens an zwei Schultagen vor Ort sein. Mindestens vier Anrechnungsstunden braucht es pro Woche für eine
207 Schule. An Schulen mit mehr als 400 Schüler*innen muss diese Zahl bei mindestens einer Anrechnungsstunde
208 pro 100 Schüler*innen liegen. Außerdem fordern wir langfristig mindestens zwei Vollzeitstellen für Schulsozi-
209 alarbeiter*innen pro Schule, unabhängig von der Schulart. Dabei ist zu beachten, dass die Schulsozialarbeit
210 unabhängig von den Schulleitungen agieren kann und nicht dafür gedacht ist, um den normalen Schulbetrieb
211 zu erhalten – so sind die Schulsozialarbeiter*innen z.B. nicht dafür da, um ausgefallene Lehrkräfte oder Be-
212 treuer*innen zu ersetzen, sondern sind den fachlichen Grundsätzen der Schulsozialarbeit verpflichtet. Alle
213 Mittel, die für einen inklusiven und barrierefreien Unterricht notwendig sind, müssen zur Verfügung stehen (z.
214 B. pädagogische Schulbegleitung für ADHS).

215 Auch außerschulische Lernorte spielen bei der Bildung eine Rolle. Klassen-, Studien- und Spracherwerbsreisen
216 sollen für alle Schüler*innen möglich sein und dürfen nicht an finanziellen Hürden scheitern. Daher muss eine
217 volle Kostenerstattung möglich sein.

218 **Lernorte**

219 Nur in einer angemessenen Umgebung kann Bildung gelingen! Bestehende Schulen befinden sich momentan
220 teilweise in einem katastrophalen Zustand. Es müssen Sofortmaßnahmen zur Sanierung der bestehenden
221 Schulgebäude getroffen werden, um einen gesunden und angenehmen Aufenthalt in den Lernorten sicher
222 zu stellen. Während der Sanierungsmaßnahmen darf eine Auslagerung in Container nur provisorisch bleiben.
223 Die Auslagerung ist auf maximal fünf Jahr zu begrenzen.

224 Bei Schulneubauten müssen moderne, zukunftsfähige Konzepte erarbeitet und angewandt werden. Diese
225 Schulkonzepte betreffen Nachhaltigkeit, pädagogische Raumkonzepte und eine Orientierung an den Bedürf-
226 nissen von Schüler*innen.

227 **Eine Schule ist nur dann solidarisch, wenn sie auch demokratisch ist**

228 Die solidarische Schule kann nur als demokratische Schule gedacht werden. Formen der Mitbestimmung müs-
229 sen in der demokratischen Gesellschaft so früh wie möglich aktiv gelebt werden, um mündige und selbststän-
230 dige Bürger*innen zu prägen, die sich ihrer Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten bewusst sind. Schule ist
231 neben anderen Bereichen ein wichtiger Ort für die demokratische Bildung. Das Schulwesen muss in allen
232 Bereichen demokratisiert werden, im Sinne echter Mitbestimmung statt Scheinbeteiligung. In einer Demo-
233 kratischen Schule wird das Zusammenleben von allen Beteiligten gemeinsam organisiert. Das erfordert die
234 Gleichberechtigung von Schüler*innen und Lehrer*innen in paritätisch besetzten Gremien. Die Schüler*innen
235 brauchen auch Raum, Zeit und Unterstützung, um eine eigene Selbstverwaltung aufbauen zu können. Partizi-
236 pative und eigenverantwortliche Projekte müssen finanziell realisierbar gemacht werden. Zugleich

237 muss der Politikunterricht einen höheren Stellenwert haben, der auch in erhöhter Wochenstundenzahl wider-
238 spiegelt wird.

239 Strafen verfolgen meist zwei Ziele: Störungen sofort zu unterbinden oder das Verhalten junger Menschen zu
240 formen. Besonders letzteres ist problematisch: Strafmaßnahmen erzeugen meist Angst vor neuen Strafen und
241 führen deshalb nur zu einer negativen Verhaltensänderung. Zielführend und respektvoller ist eine Reflexion
242 des eigenen Verhaltens. Damit wird eine Erziehung auf Augenhöhe möglich. Undemokratische Erziehungsme-
243 thoden lehnen wir deshalb ab.

244 **Mit den Schulnoten fällt ein weiteres antiquiertes Element des Schulsystems**

245 Noten spielen aktuell in der Schule eine zentrale Rolle. Mit Hilfe der Noten sollen Kinder extrinsisch motiviert
246 werden, was nach aktuellen wissenschaftlichen Auffassungen langfristig nicht erfolversprechend ist. Dabei
247 sind Noten kein objektives Mittel der Leistungserhebung. Sie ignorieren darüber hinaus den aktuellen familiä-
248 ren und persönlichen Hintergrund. So wird jedes Kind mit seinen unterschiedlichen Facetten nach den gleichen
249 Prinzipien beurteilt. Auch zeigen Noten die aktuellen Probleme und Defizite eines Kindes auf, ohne sie zu be-
250 heben, im Gegenteil, schlechte Noten führen bis hin zur Demotivation. Wir fordern deshalb die Abschaffung
251 von Noten und die Einführung konstruktiven und persönlichen Lernentwicklungsgesprächen, bei denen der
252 individuelle Lernerfolg im Vordergrund steht. Hier muss auch bei

253 Lehrkräften der Wandel hin zu einer Feedback-Kultur geschult werden. Wichtig ist, dass die Schüler*innen
254 keine Nachteile gegenüber Schüler*innen aus anderen Bundesländern haben.

255 **Ausbildung**

256 Wir fordern außerdem, dass Ausbildungen stark aufgewertet werden und so der Bildung an Hochschulen
257 gleichgestellt werden. Dazu gehört insbesondere der Grundsatz: Keine Ausbildung unter drei Jahren! Nur mit

258 ausreichend Zeit ist eine qualifizierte Ausbildung möglich, Bestrebungen für „Kurzausbildungen“ von zwei Jah-
259 ren lehnen wir weiter ab.

260 Integration in Berufsschulen und Ausbildung:

261 Auszubildende müssen durch die Schaffung mehrsprachiger Ausbildungsangebote und kostenlosen Sprachkur-
262 sen unterstützt werden. Auch für Azubis müssen Bildungsreisen, wie beispielsweise im Rahmen des Erasmus-
263 projekts möglich sein, ohne dass Arbeitsgeber*innen dies verbieten können. Die Anerkennung ausländischer
264 Abschlüsse muss beschleunigt werden und kostenlos erfolgen. Nach Ausbildungsplatzwechsel und Ausbil-
265 dungsabbrüchen dürfen Geflüchtete nicht abgeschoben werden, eine Integration muss weiter ermöglicht wer-
266 den.

267 Gerade geduldeten Menschen (Menschen, deren Abschiebung nicht vollzogen wird) brauchen hier Schutz und
268 Unterstützung. Bis eine neue gesetzliche Regelung hier nachbessert fordern wir deshalb, dass das bayerische
269 Innenministerium die Ausländerbehörden anweist, die Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes, insbesondere §
270 19d und § 60c, positiv für geduldete Menschen anzuwenden.

271 Außerdem muss der gesicherte Aufenthaltsstatus bis zum Abschluss einer Berufsausbildung und anschließen-
272 der mindestens dreijähriger Berufsausübung unabhängig vom Lebensalter gewährleistet werden. Die Aufent-
273 haltserlaubnis soll danach um weitere drei Jahre verlängert werden können. Das Innenministerium soll auch
274 eine Anwendung der Vorschriften im Sinne der Betroffenen anweisen. Wir fordern ein Recht auf Zugang zu
275 Fördermaßnahmen des Landes

276 Bayern (assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen usw.) und die Unterbringung Geflüchteter in
277 Azubi- und Studierendenwohnheimen bei entsprechend ausgebauten Wohnheimplätzen, mit Fördermitteln
278 des Landes.

279 Bessere Absicherung und finanzielle Unterstützung:

280 Wir fordern außerdem eine Verbesserung der sozialen Sicherungen für Azubis, einschließlich der vollzeitschu-
281 lischen Berufe durch Maßnahmen des Landes

282 (entbürokratisierter Zugang, Berufsausbildungsbeihilfe usw.). Auszubildende müssen auch in Bezug auf Fahrt-
283 kosten und Wohnen entlastet werden, indem der auszubildende Betrieb die Fahrt-, Unterbringungs- und Wohn-
284 kosten übernimmt.

285 Berufsschulen:

286 Um die Qualität der berufsschulischen Bildung zu steigern, müssen zunächst auch die Arbeitsbedingungen der
287 Lehrkräfte verbessert werden, wir setzen uns ein für mehr Sicherheit für Lehrkräfte, gleiche Vergütung für glei-
288 che Arbeit, Abbau befristeter und prekärer Stellen an beruflichen Schulen. Es müssen Qualifizierungsangebo-
289 te an beruflichen Schulen und Hochschulen geschaffen werden, um Lehrkräfte auf den aktuellen technischen
290 und wissenschaftlichen Stand zu halten. Auch die personelle Ausstattung an beruflichen Schulen ist zu ver-
291 bessern, durch multiprofessionelle Teams, auch um die inklusive Berufsausbildung zu unterstützen. Auch in
292 diesem Bereich ist eine absolute und unmittelbare Lehr- und Lernmittelfreiheit für dual und vollzeitschulische
293 Auszubildende durchzusetzen. Daneben müssen die Auszubildenden durch die Verbesserung der sachlichen
294 Ausstattung einschließlich der Bereitstellung eines (digitalen) Arbeitsplatzes gefördert werden.

295 Auszubildendes Personal:

296 Der Betreuungsschlüssel von mindestens 1:8 für hauptberufliches Ausbildungspersonal ist für ein individuelles
297 Lernen unabdingbar, im ersten Schritt lässt sich dies am schnellsten innerhalb der Zuständigkeiten von Frei-
298 staat und Kommunen umsetzen. Wir sind auch bewusst, dass Bildung nicht mit dem Ende der Ausbildung
299 beendet ist, deshalb wollen wir ein gesetzliches Recht auf Weiterbildung für Ausbildungspersonal unabhängig
300 von der Forderung nach Bildungsurlaub und kostenneutral gesetzlich verankern. Hierzu wollen wir auch einen
301 Bildungsurlaub einführen (10 Tage auf zwei Jahre).

302 Duale Student*innen:

303 Auch im Bereich des dualen Studiums muss die Ausbildung beispielsweise durch

304 Hochschulübergreifenden Standards für dual Studierende aufgewertet werden. Studierende müssen auch in
305 diesem Bereich finanziell entlastet werden, indem sie einen Rechtsanspruch auf Kostenübernahmen (Fahrt,

306 Studiengebühren und Unterbringung) durch ihr Arbeitgeber*innen erhalten. Eine Rückzahlungsklauseln ist
307 gesetzlich zu verbieten.

308 Wir fordern außerdem eine Umlage für das duale Studium äquivalent zur Ausbildungsumlage. Dafür wird ein
309 Fonds eingerichtet in den zunächst alle Betriebe (gestaffelt nach Größe) einzahlen. Dann erhalten alle Betriebe,
310 je nachdem wie viel sie ausbilden, Geld aus diesem Fonds zurück. Mit dem Geld investieren die Unternehmen
311 dann in duale Studienplätze.

312 Gleichzeitig müssen in sozialen Berufen (die meist auf die eine oder andere Art vom Staat finanziert werden), in
313 denen die Träger bereits oft unterfinanziert sind, ausreichende finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt
314 werden um ein duales Studium möglich zu machen.

315 **Hochschulen**

316 **Aufgaben der Hochschulen und Grundlagen der Hochschulbildung**

317 Lehre und Forschung sind und bleiben mit uns Hauptaufgaben der bayerischen

318 Hochschulen. Einer kapitalistischen Verwertungsorientierung, wie sie sich gerade durch die Entwürfe der der-
319 zeitigen Landesregierung zur Hochschulreform zieht, aber auch schon ohne diese fehlgeleitete Reform zu weit
320 in der bayerischen Hochschullandschaft etabliert ist, erteilen wir eine klare Absage. Der Wissenstransfer von
321 den Hochschulen in Gesellschaft und Wirtschaft ist zwar zu fördern, darf aber nicht zur Grundvoraussetzung
322 für die Arbeit der Hochschulen erhoben werden. Vielmehr sollten aktuelle Forschungsergebnisse der

323 Öffentlichkeit kostenlos zugänglich sein. Für uns gilt grundlegend, dass Ergebnisse öffentlich finanzierter For-
324 schung auch öffentlich zugänglich sein und gleichzeitig Hochschulen in öffentlicher Trägerschaft auch unab-
325 hängig von Drittmitteln arbeitsfähig und angemessen ausgestattet sein müssen.

326 Diese Unabhängigkeit von Drittmitteln bedeutet nicht weniger als die Freiheit der Forschung von äußerer Ein-
327 flussnahme. Anstatt an wirtschaftlichen Maßstäben soll die Arbeit der Hochschulen an ethischen Kriterien,
328 gesellschaftlicher Verantwortung und Nachhaltigkeit orientiert sein und in demokratischen Strukturen unter
329 paritätischer Repräsentation aller betroffener Statusgruppen, organisiert werden. In diesem Kontext beken-
330 nen wir uns zur Zivilklausel im Sinne einer Friedens-orientierten Forschung. Gerade der Hintergrund der Rolle
331 der Hochschulen und Universitäten in der menschenverachtenden NS-Diktatur bedeutet eine ganz besondere
332 ethische Verantwortung den Forschungsstandort Deutschland.

333 **Demokratisierung und Partizipation**

334 Wir setzen uns für eine konsequente Demokratisierung der Hochschulen ein. Jede

335 Statusgruppe soll dabei über eine eigene Interessenvertretung verfügen, deren Aufgaben,

336 Kompetenzen und Befugnisse gesetzlich festzuschreiben sind. Insbesondere die Wiedereinführung der Ver-
337 fassten Studierendenschaft in Bayern ist als Maßnahme für eine vernünftige demokratische Teilhabe der Stu-
338 dierenden in den einzelnen Hochschulen wie auch auf Landesebene lange überfällig.

339 In den Statusgruppen-übergreifenden Hochschulgremien wollen wir eine viertel-paritätische Repräsentation
340 der Statusgruppen nach Thüringer Vorbild unter Wahrung verfassungsrechtlicher Vorgaben durchsetzen. Die-
341 se und alle Gremien sollen auch hinsichtlich des Geschlechts paritätisch besetzt werden.

342 **Hochschulfinanzierung**

343 Damit Hochschulen ihren Aufgaben in Forschung und Lehre vollumfänglich erfüllen können, benötigen sie eine
344 ausreichende und dauerhafte Finanzierung durch den Freistaat Bayern. Diese muss den Hochschule einerseits
345 Planungssicherheit durch die langfristige Anlegung als auch finanzielle Unabhängigkeit von Drittmittelprojek-
346 ten, und damit von wirtschaftlichen Interessen, durch ihre Höhe gewährleisten können.

347 Diese Aufgabe kann der Freistaat Bayern nicht alleine leisten. Deshalb fordern wir die längst überfällige voll-
348 ständige Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern.

349 **Hochschulzugang**

350 Dafür müssen vorhandene Hürden für Studierende aus Arbeiter*innenfamilien als auch für Menschen, die
351 keine Deutsche Staatsbürger*innenschaft haben abgebaut werden. Deshalb fordern wir internationale Stan-
352 dards für den Zugang an eine Hochschule auch in Bayern anzuerkennen. Zudem fordern wir Zulassungsbe-
353 schränkungen für Studiengänge abzuschaffen.

354 **Arbeitsplatz Hochschule**

355 Nicht erst seit #IchBinHanna sind die Probleme prekärer Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen weit be-
356 kannt. Seit Jahren kämpfen Beschäftigte und Gewerkschaften gegen den Kahlschlag des akademischen Mittel-
357 baus, gegen Kettenbefristungen und ausbeuterische Pseudo-Teilzeit-Stellen. Was bisher fehlt, ist der politische
358 Wille, diese

359 Probleme anzugehen. Wir wollen die Probleme angehen, indem wir Daueraufgaben in Forschung und Leh-
360 re auch mit Dauerstellen versehen, Höchstbefristungsdauern abschaffen und sachgrundloser Befristung ab-
361 schaffen. Zudem fordern wir auch für studentische Hilfskräfte nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) mit
362 vertraglich festgeschriebenen Urlaubsansprüchen und Wochenarbeitszeiten. Zudem muss dem Trend der
363 Kurzzeitverträge auch hier Einhalt geboten werden. Deshalb setzen wir uns für Mindestvertragslaufzeiten für
364 Arbeitsverträge von studentischen Beschäftigten ein.

365 Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen wir eine juristische Grundlage für ein Arbeitneh-
366 mer*innenrecht auf Tele-Arbeit.

367 Die demokratische Partizipation der Angestellten an den Hochschulen stärken wir durch eine Personalvertre-
368 tung nach Vorbild des Betriebsverfassungsgesetzes, damit geht insbesondere ein Freistellungsanspruch für in
369 der Interessensvertretung beschäftigte Personen einher.

370 **Hochschulbetrieb**

371 Übergeordnetes Ziel wissenschaftlicher Lehre muss die Vermittlung von wissenschaftlichen Standards sein.
372 Die Universitäten müssen dafür Sorge tragen, dass diese sowohl in Lehre als auch Forschung eingehalten
373 werden. Eine Hochschulübergreifende Qualitätssicherung der Lehre kann dazu beitragen, dass Standards ein-
374 gehalten werden und Studiengänge vergleichbar sind. Für die eine Vernachlässigung der Lehre seitens der
375 Universität fordern wir Handlungen von Seiten der Landesregierung (z.B. Sanktionen). Zudem fordern wir die
376 richtigen Schlussfolgerungen aus zwei Jahren Pandemie zu ziehen.

377 Für die Qualitätssicherung der Lehre sollen die Verantwortlichen sinnvolle didaktische

378 Konzepte entwickeln, die das klassische Vorlesungskonzept aufbrechen. Wie etwa eine Orientierung hin zu
379 Seminaren mit kleinerer Teilnehmer*innenanzahl, regelmäßigen Übungs- und Fragestunden, Transparenz bei
380 Prüfungsablauf und -bewertung,

381 Hochschulübergreifende Evaluationen von LV. Der dadurch entstehende zusätzliche Workload für Hochschul-
382 lehrer*innen muss in der Lehrverpflichtungserklärung einkalkuliert werden dürfen.

383 **Feminismus, Chancengleichheit und Vielfalt**

384 Wir kämpfen gegen jegliche Art der Ausgrenzung und Diskriminierung. Ungleichbehandlung darf nicht nur
385 ein Thema der benachteiligten Gruppe sein, sondern muss als gesamtgesellschaftliches Problem begriffen
386 werden. Chancengleiche Bildung ohne Beeinflussung durch Geschlecht, Gender, Herkunft, Beeinträchtigung
387 oder finanziellen Hintergrund ist für uns ein Grundrecht.

388 Hochschulen müssen aktiv und konsequent gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus
 389 und Antisemitismus vorgehen. Dafür fordern wir anonymisierten Beschwerdewege und besondere Beauftra-
 390 ge.

391 Lange gewachsene und manifestierte patriarchale Strukturen durchbrechen wir durch einen Kanon aus kon-
 392 sequentem Empowerment auf der einen Seite und festen Quotenregelungen auf der anderen Seite. Feminis-
 393 tische Hochschulpolitik braucht Konkretes Handeln und mehr als bloße Lippenbekenntnisse und Allgemein-
 394 plätze. Wir fordern daher:

- 395 • Der Ausbau der Kompetenzen der Frauenbeauftragten in den Hochschulgremien – Vetorecht?
- 396 • Gleichberechtigte Repräsentation aller Geschlechter bei Einstellung und Berufungen in allen akademi-
 397 schen Karrierestufen
- 398 • Verbindliche Zielvereinbarungen, die in regelmäßigen Abständen durch die Hochschulgremien festge-
 399 legt und überprüft werden
- 400 • Schutz vor sexualisierter Gewalt durch konsequente Aufklärungs- und Präventionsarbeit, die Etablie-
 401 rung niederschwellig erreichbarer Meldestellen und Schaffung von safer-spaces

402 •

403 Wir kämpfen gegen gesellschaftlich geschaffene (binäre) Geschlechterstereotype und veraltete Rollenbilder.
 404 Kein Studiengang und kein Forschungszweig, egal ob im MINTBereich, Lehramtsstudium, Land- und Forst-
 405 wirtschaft oder in der Ökonomik, sollte Geschlechter-spezifisch beworben oder ausgerichtet sein. Bestehende
 406 Stereotype sollen durch offensive Aufklärungsarbeit bekämpft und durchbrochen werden.

407 **Chancengleichheit internationalistisch**

408 Wissen kennt keine Grenzen. In diesem Sinne befürworten wir für einen Ausbau internationaler Hochschul-
 409 Partnerschaften und stärken Austausch-Förder-Programme wie ERASMUS, denn kultureller Austausch und
 410 wissenschaftliche Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg fördern den Internationalen Zusammenhalt
 411 und baut Ressentiments ab. Zudem setzen wir uns für ähnliche Förderprogramme außerhalb der Europäi-
 412 schen Union und befürworten den Austausch nicht nur auf universitärer Ebene.

413 **Versorgung in allen Bereichen**

414 Die Bewirtschaftung der Uni-Mensen soll nachhaltiger und sozialer ausgerichtet werden. Studierende sollen
 415 Anspruch auf eine warme Mahlzeit täglich erhalten, die Verwendung regionaler, nachhaltiger Ressourcen wol-
 416 len wir durch gezielte Förderung als Norm etablieren.

417 Die psychologischen Beratungsstellen der Studierendenwerke stießen während der Pandemie vielerorts an
 418 die Grenzen ihrer Kapazität, doch gerade in Krisenzeiten ist die Betreuung durch psychologisch geschultes
 419 Personal immens wichtig. Hier braucht es dauerhaft mehr Stellen, damit auch in Krisenzeiten die Wartezeiten
 420 minimal gehalten werden können, sowie die damit einhergehend notwendigen technischen und räumlichen
 421 Voraussetzungen. Hürden, psychologische Beratung oder auch Behandlung in Anspruch zu nehmen, wollen
 422 wir abbauen. Das bedeutet insbesondere, dass die Inanspruchnahme psychologischer Hilfe kein Ausschluss-
 423 kriterium für die Verbeamtung von Lehrkräften sein darf.

424 **Inklusion**

425 Wir fordern die Barrierefreiheit aller Gebäude einer Hochschule durch stufenlose Zugänge, Arbeitsplätze für
 426 Menschen mit Behinderungen in Bibliotheken, Büros und Laboren als auch Leitsystemen für Menschen mit
 427 Seheinschränkungen. Hierfür sollen die Hochschulen ihre Räumlichkeiten auf möglich Barrieren prüfen und
 428 diese – wenn nötig mit baulichen Maßnahmen – beheben.

429 Neben baulichen Maßnahmen fordern wir, dass Inklusion auch in der Lehre und Forschung der Universitäten
 430 umgesetzt wird. Lehrende sollen ihre Veranstaltungen barrierefrei gestalten, um allen Studierenden die Teil-

431 nahme an ihren LV zu ermöglichen. Abteilungs- und Institutsleitungen entwickeln Richtlinien für eine inklusives
432 Arbeitsumfeld.

433 Für die Unterstützung bei der Umsetzung von inklusivem Lernen und Forschen müssen allen Mitgliedern der
434 Hochschulen Workshops und Seminare zum Thema "Inklusion" angeboten werden. Zusätzlich sollen Stellen
435 für "Inklusionsbeauftragte" geschaffen werden, die diesen Prozess begleiten und unterstützen sollen.

436 **Erwachsenenbildung**

437 **Bildungsgeld**

438 Ein (unabhängiges) Bildungsgeld garantiert jeder sich in Aus-/Weiterbildung befindlichen Person finanziel-
439 le Sicherheit, die keine Kindergrundsicherung erhält. Dies ermöglicht sorgenfreies lebenslanges Lernen und
440 (Weiter-)Bilden. Gerade in Zeiten von branchenübergreifendem Fachkräftemangel und dem immer flexibler
441 werdenden Arbeitsmarkt wird ein Instrument benötigt, das den Menschen hilft, sich den neuen Herausforde-
442 rungen zu stellen und anzupassen.

443 Das Bildungsgeld ist modular aufgebaut und soll aus drei Kategorien bestehen:

- 444 • Lebensunterhalt (Miete, abwechslungsreiche und gesunde Ernährung, Mobilität, etc.)
- 445 • Bildungsausgaben (Studiengebühren, Kosten für Lernmaterialien, etc.)
- 446 • Soziale und Kulturelle Teilhabe (Besuch von Kino, Theater, Bars, Urlaube, etc.)

447 Es soll ausreichen, um Lehrmaterialien zu beschaffen und darüber hinaus auch den Lebensunterhalt zu be-
448 streiten. Darunter fallen nicht nur Miete, gesunde Lebensmittel, etc. sondern auch die soziale und kulturelle
449 Teilhabe, Urlaube, usw.

450 Das Bildungsgeld ist nicht abhängig vom eigenen Vermögen, dem Vermögen und Einkommen der Eltern, Ehe-
451 gatten/Partner*innen oder Geschwistern.

452 Der Antrag ist unkompliziert und unbürokratisch, wodurch eine schnelle Auszahlung an den*die Antragstel-
453 ler*in gewährleistet wird.

454 Im Mittelpunkt steht das Lernen. Dennoch soll ein finanzieller Zuverdienst nicht sanktioniert werden.

455 Darüber hinaus sollen einmalige kostenintensive Anschaffungen (z.B. Laptops / Tablets) durch ein jährliches
456 Budget unterstützt werden.

457 **Außerschulische Bildung**

458 Als Jungsozialist*innen ist uns die umfassende und ganzheitliche Bildung ein unfassbar wichtiges Anliegen.
459 Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass in Bayern Jugendarbeit als eine unverzichtbare Säule vor
460 allem auch für jugendgerechte Kommunen gesehen wird. Denn die Angebote der Jugendarbeit von der Grup-
461 penstunde, über Festivals und Freizeiten bis hin zu Seminaren und internationalen Begegnungen sind wesent-
462 liche und unfassbar wichtige Bestandteile des Freizeit- und Bildungsangebots für junge Menschen. Aus diesem
463 Grund fordern wir:

- 464 • Förderung des ehrenamtlichen Engagements weiter ausbauen

465 Jugendarbeit ist ohne das ehrenamtliche Engagement von Jugendleiter*innen undenkbar.

466 Aus diesem Grund müssen auch in Bayern die Rahmenbedingungen und

467 Entfaltungsmöglichkeiten umfassend sichergestellt und ausgebaut werden. Gerade das Jugendarbeitsfreistel-
468 lungsgesetz mit seinen starren, engen Grenzen sollte deutlich flexibler ausgestaltet werden.

- 469 • Gesamtverantwortung wahrnehmen

470 Die Kommunen müssen ihre Gesamtverantwortung für die Jugendarbeit wahrnehmen, freie Träger der Ju-
471 gendarbeit (Jugendverbände, Jugendinitiativen und -ringe) stärker unterstützen, beraten und begleiten sowie
472 das Subsidiaritätsprinzip achten. Doch dabei sollte es Aufgabe des Landes sein deutlich mehr Mittel für die

473 Jugendarbeit vor Ort in den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört auch eine angemessene ju-
474 gendarbeitsgerechte personelle Ausstattung.

475 • Kontinuierliche und verlässliche Förderung der Jugendverbände und – initiativen sicherstellen

476 Die Jugendverbände und -initiativen sowie die anderen Träger der Jugendhilfe leisten einen maßgeblichen
477 Beitrag zu einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft und sind ein wichtiger Partner bei der Sozialisati-
478 on junger Menschen. Die bedarfsgerechte Förderung der Jugendarbeit ist für Kommunen und das Land eine
479 pflichtige Aufgabe, für die ein angemessener Teil des Jugendhilfeetats verwendet werden muss. Zusätzlich for-
480 dern wir die Förderung von städtischen und staatlichen Träger*innen von Jugendeinrichtungen. Der Freistaat
481 muss hier seiner Aufgabe deutlich stärker gerecht werden.

482 Förderrichtlinien und Anträge sind in leichter Sprache zu verfassen und müssen leicht zugänglich sein, um auch
483 Jugendinitiativen, z.B. Jugendgruppen von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte, einen leichten Zugang
484 zur Förderung zu ermöglichen. Die Förderung einzelner Projekte der Jugendarbeit muss kurzfristig und ohne
485 die vorherige Anerkennung als Träger der Jugendhilfe möglich sein.

486 Bei Kooperationen zwischen Jugendverbänden und Ganztagschulen müssen die Schulen eine ausreichen-
487 de Finanzierung außerunterrichtlicher Bildungsangebote zur Verfügung stellen. Dies darf nicht zu Lasten der
488 Förderung außerschulischer Jugendarbeit gehen. – Integrations- und Inklusionskraft der Jugendarbeit för-
489 dern

490 Die Startchancen junger Menschen dürfen nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig sein.
491 Daher ist es notwendig, dass die Kommunen ihre Anstrengungen verstärken, dass alle jungen Menschen
492 die Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe bekommen. Auch bei jungen Geflüchteten kann die Jugendarbeit
493 dazu einen wesentlichen Beitrag leisten, wenn dafür die notwendige Unterstützung seitens der Kommunen
494 zur

495 Verfügung gestellt wird. Dies kann durch zusätzliche Zuschüsse für Ferienfreizeiten und Seminare der Jugend-
496 arbeit, durch eine Übernahme der Mitgliedschaftsgebühren in Vereinen oder durch andere Unterstützungs-
497 leistungen geschehen.

498 – Partizipation von jungen Menschen in außerschulischen Bereichen fördern

499 Durch einen gemeinsam mit den Jugendverbänden entwickelten Jugendcheck müssen bei allen Vorhaben des
500 Landes die Auswirkungen auf junge Menschen überprüft werden. Sofern eine besondere Relevanz der Vorha-
501 ben für Jugendliche gegeben ist, muss eine verbindliche Beteiligung junger Menschen unter Einbeziehung der
502 Jugendverbände gesetzlich geregelt werden. Träger, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegen-
503 über der Landespolitik vertreten, müssen vermehrt angehört und deren Mitsprache- und Entscheidungsmög-
504 lichkeiten müssen ausgebaut werden.

505 Neben der Jugendverbandsarbeit gibt es allerdings noch viele weitere Möglichkeiten der

506 Förderung von Bildung außerhalb des formalen Systems. Zum Beispiel können Schüler*innenlabore in den
507 Universitäten zusätzliche Lernangebote für Schüler*innen darstellen, die den Unterrichtsstoff vertiefen und
508 einen Einblick in die Forschungs- und Arbeitswelt ermöglichen. Dafür könnte der Freistaat über das Kultusmi-
509 nisterium Gelder für Stellen, Räume und Ausstattung zur Verfügung stellen und für den Aufbau der Angebote
510 und die wissenschaftliche Betreuung und Auswertung der Projekte.

511 Generell sollten außerschulische Angebote die von öffentlichen Institutionen getragen werden können, finan-
512 ziert werden.

513 Außerdem muss der Freistaat dafür sorgen, dass ein lebenslanges Lernen möglich ist, also auch die Erwach-
514 senenbildung stark ausgeweitet wird.

515 Wichtig ist, dass in der Schule niemand abgehängt wird. Dafür benötigt es individuelle Förderung außerhalb
516 des verpflichtenden Unterrichts. Dafür könnte der Freistaat den Schulen zusätzliche Unterrichtsstunden fi-
517 nanzieren, welche die Schulen vor Ort selbst organisieren ("Brücken bauen"). Außerdem fordern wir weiterhin
518 gemäß unserer Beschlusslage einen Anspruch auf 10 Tage Bildungsurlaub.

519 **Mobilität**

520 Wo hin auch immer du fahren willst – wir machen´s möglich

521 Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge. Das wollen wir in Bayern verankern und aktiv umsetzen. Der öffentliche
522 Personennah- und Fernverkehr muss mit der besten Infrastruktur, regelmäßigen Takten und bedarfsorien-
523 tierten Angeboten überall in Bayern verfügbar sein. Dazu braucht es auch einen Ausbau der Fuß- und Radver-
524 kehrsinfrastruktur im gesamten Freistaat. Neue Mobilitätsangebote dürfen nicht, wie z.B. Elektroroller in den
525 Großstädten, zur Belastung werden, sondern müssen sinnvoll in den Umweltverbund integriert werden. Damit
526 auch alle von A nach B kommen, müssen Verkehrsanbieter gesetzlich zur Barrierefreiheit verpflichtet werden.
527 Die Umsetzung ist staatlich zu überprüfen.

528 Wir wollen, dass nach 2023 die Versorgung und Mobilität integriert geplant ist. Wege sollen für alle verkürzt
529 werden. Dazu müssen Versorgungsinfrastrukturen dezentrale und digitale Elemente umfassen, um einfach
530 erreichbar zu sein, ohne lange Wege auf sich nehmen zu müssen. Der Verkehr darf gleichzeitig auch nicht die
531 Lebensqualität der Bürger*innen einschränken. Daher ist klar, dass Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und
532 die Gestaltung von lebenswerten Wohnorten mit geplant sein müssen.

533 1. Verkehr**534 ÖPNV****535 Kostenloses Landesticket für alle Auszubildenden, Schüler*innen und Studierenden**

536 Von Jugendlichen wird immer mehr Mobilität erwartet. Für viele ist es schlicht aus Kostengründen nicht mög-
537 lich, die in den letzten Jahren enorm gestiegenen Mieten in den Ballungsräumen zu bezahlen. Das tägliche
538 Pendeln mit dem öffentlichen Nahverkehr zur Ausbildungsstätte ist keine Seltenheit mehr. Ein zusätzliches
539 Problem stellt der Weg zur Berufsschule dar. Auszubildende müssen häufig weite und dadurch kostenintensiv-
540 ve Wege zur

541 Schule absolvieren. Die zum Teil immens hohen Ticketpreise müssen häufig für ein gesamtes Jahr ausgelegt
542 werden, bevor ein kleiner Teil der entstandenen Kosten rückerstattet wird oder auch selbst erbracht werden.
543 Vor allem Auszubildende, die nur sehr gering oder gar nicht vergütet werden, erfahren hier eine zusätzliche
544 finanzielle Last und Einschränkung.

545 Nicht wirklich besser ist die Lage bei den Schüler*innen. Diese müssen ab der 11. Jahrgangsstufe die Fahrtkos-
546 ten zur Schule meist selbst tragen. Bei Studierenden konnten in den letzten Jahren zumindest kleine Erfolge
547 erzielt werden. An einigen Universitäten gibt es Tickets nach dem Solidarmodell, die den Studierenden regio-
548 nal begrenztes Reisen zu niedrigeren Preisen in Form eines Studierendentickets möglich machen. Das ist aus
549 unserer Sicht jedoch zu wenig.

550 Wir fordern daher die Einführung eines **kostenlosen Landestickets für alle Auszubildenden, Schüler*in-
551 nen, Studierenden** sowie Teilnehmende an den

552 Freiwilligendiensten „Bufdi, FSJ, FSJ Kultur, FOJ, FSJ für Geflüchtete“ im Freistaat Bayern. Die Kosten hierfür
553 übernimmt der Freistaat Bayern.

554 Ticketfreier ÖPNV für alle

555 Klar ist, dass in Zukunft nicht nur für Auszubildende und Studierende die Nutzung des ÖPNV, ohne ein Ticket
556 zu bezahlen, möglich sein muss, sondern für alle Personen in Bayern erfolgen soll. **Wir fordern daher, dass
557 mittelfristig der ticket- und kostenfreie ÖPNV für alle umgesetzt wird.**

558 Taktung

559 Gerade für junge Leute ist nicht nur die Busverbindung in die Stadt relevant, sondern auch eine regelmäßige
560 Bustaktung in die Nachbardörfer, um ohne große Umwege beispielsweise zum Fußballtraining zu gelangen.

561 Um nicht ständig auf das Auto der Eltern angewiesen zu sein, fordern wir flächendeckende Querverbindun-
562 gen durch Bus und Bahn zwischen verschiedenen Dörfern und Landkreisen. Wir fordern daher eine **Mobili-**
563 **tätsgarantie für Bayern**. Wir wollen, dass **jeder Ort mindestens einmal pro Stunde mit Bahn oder Bus**
564 angeschlossen ist, damit sauberer Verkehr und Teilhabe gleichermaßen gelingen. Das erreichen wir mit dem
565 vom Bund geförderten Ausbau bzw. der Wiederaufnahme von Schienenverbindungen, mit überregionalen
566 Expressbussen, Bahn, Bus oder Ruftaxis.

567 **Rufbusse**

568 Ein Rufbussystem soll in ländliche Regionen bei der Anbindung an den ÖPNV unterstützen. Um die Möglichkeit
569 zu haben auch in abgelegenen Regionen schnell von A nach B zu kommen ist es wichtig, dass ein Bus nach
570 Bedarf jede Stunde zur Verfügung steht.

571 **Bayerische Eisenbahngesellschaft**

572 Die bayerische Eisenbahngesellschaft soll in eigener Regie Regionalbuslinien anbieten, der
573 Orte verbindet, welche keine direkte Schienenanbindung haben. Wir werden die Verkehrs- und Mobilitäts-
574 Planung in Bayern verbessern. **Wir machen aus der Bayerischen Eisenbahngesellschaft eine Bayerische**
575 **Mobilitätsgesellschaft, die für alle überregionalen Bahn- und Busverbindungen zuständig ist.** Und wir
576 unterstützen
577 Landkreise und Städte viel stärker als bisher.

578 **Elektrifizierung aller Bahnstrecken und Reaktivierung von Bahn- und Busstrecken**

579 Die bundespolitische Aufgabe der Elektrifizierung aller Bahnstrecken muss von der zukünftigen Landesregie-
580 rung in aller Konsequenz unterstützt werden.

581 SPFV

582 Nicht nur der schienengebundene Nahverkehr sondern auch der Fernverkehr muss massiv gefördert wer-
583 den. Wir setzen uns für eine Verlagerung des Fernverkehrs von der Straße hin zur Schiene ein. So können wir
584 einerseits unsere Umwelt stärker vor der verkehrsbezogenen Umweltverschmutzung schützen. Andererseits
585 fördern wir so weiter die Mobilität von gerade jungen Menschen.

586 Deshalb müssen auch hier die Ticketpreise massiv gesenkt werden, damit das Zugfahren von einer teuren
587 Alternative zur ersten Wahl im Fernverkehr wird. Uns ist aber auch klar, dass Fernreisen wegen fehlender
588 Anbindung nicht immer eine Option sind. Folglich muss das gesamte Schienennetz rück- und ausgebaut, be-
589 stehende eingleisige Strecken zu mehrgleisigen umgebaut werden und mehr Ballungszentren an das ICE-Netz
590 angebunden werden. Ebenso fordern wir neben dem Ausbau die Reaktivierung von Stillgelegten Bahnstrecken
591 und Buslinien in Bayern.

592 **Veränderungen für die gesamte Deutsche Bahn**

593 Wir blicken jedoch nicht nur hinsichtlich der Bahn nach Bayern, sondern auch in das Bundesgebiet. Gerade
594 der Fernverkehr wird als Bundesache nicht von den Regionalbahnen verwaltet. Daher müssen hier signifikante
595 Änderungen in die Bahnstruktur einziehen, um die Deutsche Bahn insgesamt fit für die Zukunft zu ma-
596 chen.

597 Dies beginnt bereits bei der Struktur: wir brauchen endlich wieder eine komplett staatliche Bahn, die sich auf
598 die Grundversorgung in Form der Beförderung von Fahrgäst*innen fokussiert, anstatt auf Auslandsgeschäf-
599 te. Dementsprechend fordern wir alle Auslandsgeschäfte, mit Ausnahme von Kooperationen mit europäischen
600 und nicht-europäischen Bahnunternehmen abzustoßen. Die Bahn muss sich endlich wieder aufs Kerngeschäft
601 fokussieren! Die DB muss hierbei federführend an einem europaweit einheitlichen Tarif- als auch Rabattkar-
602 tensystem mitsamt einer staatlichen europäischen Netzagentur beteiligt sein. Die Bahn muss mithilfe der
603 hauseigenen DB Energie die eigene Klimaneutralität bis 2035 umsetzen!

604 Hinsichtlich der bahneigenen Strukturen fordern wir weiterhin die Anwendung aller Tarifverträge mitsamt Min-
605 deststandards für Länder und Kommunen. Die Zeit von 27 verschiedenen SPNV-Philosophien muss mittel- bis
606 langfristig der Vergangenheit angehören. Ebenso müssen Steuern auf Tickets als auch auf Kraftstoffe von Bah-
607 nen und zur DB gehörenden Bussen entfallen, um kurzfristig die Bahn preislich attraktiver zu gestalten. Zur
608 Vereinfachung der Planungen hinsichtlich der klimaneutralen Bahn der Zukunft wollen wir das Eisenbahnbun-
609 desamt in die Bahn integrieren. Hinsichtlich des Bahnpersonals fordern wir die Rückkehr des Streifensystems
610 für Mitarbeitende der Bahn. Es soll für Bahnreisende als auch die Mitarbeitenden selbst sofort ersichtlich
611 sein, welche Zuständigkeiten den jeweiligen Mitarbeiter*innen zugrundeliegen. Zudem soll das Personal für
612 alle Beförderungsarten (Regio-, Fern- und Güterverkehr) zusammengelegt werden und ggf Schulungen für Be-
613 standsmitarbeitende angeboten werden, um notwendige Qualifikationen nachträglich erwerben zu können.
614 Dies soll den Arbeitstrott aufbrechen und die Tätigkeiten für Mitarbeitende abwechslungsreicher machen.
615 Bahninterne Strukturen sollen zudem in enger Abstimmung mit Gewerkschaften als auch Fahrgäst*innenver-
616 bänden gezielt verändert und demokratisiert werden. Ziel muss es sein eine Bahn zu schaffen, welche ihre
617 Kernaufgaben klimaneutral und mit stetiger Rückkoppelung mit Gewerkschaften und Fahrgäst*innen erfüllen
618 kann. Die Deutsche Bahn muss endlich das verkehrspolitische Aushängeschild darstellen und nicht dessen
619 Gespött.

620 **Radverkehr**

621 Neben einem Ausbau des ÖPNV fordern wir auch eine **bessere Infrastruktur für den Radverkehr**. Das Fahr-
622 rad bietet gerade Jugendlichen ohne Führerschein die Möglichkeit flexibel, umweltfreundlich und kostengüns-
623 tig zu pendeln. Hierfür müssen die Fahrradwege aber gewisse Standards erfüllen, gut getrennt vom motorisier-
624 ten Verkehr verlaufen und bei Nacht ausreichend beleuchtet sein. Querverbindungen zwischen Stadtvierteln
625 und Gemeinden, vor allem auch im ländlichen Raum, sind vor Großprojekten wie Radschnellwegen zu prio-
626 risieren. Dies stellt sich kompliziert dar, da solche Verbindungen oft mehrere Gemeinden betreffen und auf
627 kommunaler Ebene abgesprochen werden müssen. Außerdem ergeben sich Konflikte mit Grundbesitzer*in-
628 nen, die Areal nicht hergeben und dadurch den Bau blockieren, deshalb sollen Kommunen bei der Erstellung
629 von Bebauungsplänen unterstützt werden, die im Zweifel eine Enteignung erleichtern und es ermöglichen
630 größere gemeindeübergreifende Radwegeprojekte zu planen.

631 Zusätzlich fordern wir eine flächendeckende Ausstattung von Bahnhöfen mit ausreichenden Fahrradabstell-
632 anlagen, sowie mit Leihfahrrädern und eine Integration dieser in den Tarif.

633 **Fußverkehr**

634 Fußgänger*innen sind bei allen Planungen primär zu berücksichtigen. Insbesondere die Umsetzung der gelten
635 den **Baurichtlinien für den Fußverkehr gehört durchgesetzt** und überwacht. Fördergelder sollen in der
636 Auszahlung an die Einhaltung der Baurichtlinien gebunden werden. Darüber hinaus fordern wir die Umsetzung
637 von **autofreien Innerstädten ab Kleinstadtgröße**. Dazu stellt der Freistaat einen Sonderförderung, für den
638 Umbau bereit. **Autoverkehr**

639 **Tempolimit**

640 Ein Tempolimit bringt nur Vorteile. Es reduziert Emissionen, führt zu einem geringeren Benzin und Kraftstoff-
641 verbrauch ist auch Lärmschutz, eine geringere Abnutzung der Straßen und senkt die Unfälle mit Personen-
642 und Sachschäden. Darüber hinaus wird die Lärmbelastung für Menschen und Tiere reduziert. Für Geschwin-
643 digkeitsbeschränkungen im Sinne des Lärmschutzes ist der Freistaat Bayern zuständig. Daher können wir in
644 Bayern eine sofortiges Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen umsetzen.

645 **Solang ein Tempolimit auf Bundesebene nicht umsetzbar ist, sollte auf Landesebene ein Tempolimit**
646 **eingeführt werden**. Dies soll über die erhöhte Lärmbelastung begründet werden. Wir wollen in geschlosse-
647 nen Ortschaften Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit.

648 Elektromobilität

649 Der Freistaat Bayern muss alles tun, um die bundespolitischen Zielsetzungen hinsichtlich der Elektromobilität
650 zu unterstützen.

651 Wir werden prüfen, ob E-Ladestationen ein Pflichtangebot für die Verteilnetzbetreiber sein sollen. Über
652 die Bayerische Bauordnung werden wir konkrete Vorgaben zur Vorrüstung und Errichtung von E-
653 Ladeinfrastruktur machen. Wir wollen eine deutliche Erhöhung der Förderung für E-Ladeinfrastruktur (Über-
654 nahme von mindestens 50 Prozent der Kosten für Planung, Montage und Installation einer Ladeinfrastruk-
655 tur sowie bis zu 10.000 Euro für einen Schnellladepunkt) in ganz Bayern. Wobei private Haushalte im Innen-
656 stadtbereich explizit ausgeschlossen werden sollen, um das Ziel der autofreien Innenstädte nicht zu unterlau-
657 fen

658 Taxi 50/50

659 Wir wollen, dass alle sicher und gut zu jeder Zeit nach Hause kommen. Vor allem in der Nacht muss es jungen
660 Menschen ermöglicht werden, sowohl kostengünstig, schnell als auch sicher nach Hause zu gelangen. Wenn
661 es keine Möglichkeit mehr gibt, auf den öffentlichen Nahverkehr zurückzugreifen, kann die Einführung eine
662 Taxi 50/50 Abhilfe schaffen. Alle Auszubildenden, Schüler*innen und Studierenden können sich online bei Ih-
663 rer Stadtverwaltung oder Landratsamt anmelden, dass sie Azubi, Schüler*in beziehungsweise Student*in im
664 jeweiligen Kommunalgebiet sind und bekommen eine Zertifizierung (beispielsweise QR-Code), welche sie bei
665 der Taxifahrt vorzeigen können. Diese ermöglicht es, dass lediglich die Hälfte der entstandenen Kosten durch
666 die Personen übernommen werden muss. Der andere Teil wird durch die Stadt oder das Landratsamt über-
667 nommen. Darüber hinaus werden wir für FLINTA*-Personen staatlich ausfinanzierte Nachttaxen anbieten, um
668 allen FLINTA*-Personen auch zu später Stunde einen sicheren Heimweg zu ermöglichen – unabhängig davon,
669 ob noch ein ausgedünntes ÖPNV-Angebot besteht oder nicht. Die Fahrtkosten werden direkt zwischen Frei-
670 staat und den Taxiunternehmen abgerechnet.

671 Flugverkehr

672 Bayern muss Vorreiter im Erreichen der Klimaziele sein. Deshalb dürfen die bayerischen Flughäfen nicht wei-
673 ter ausgebaut werden. Das gilt insbesondere für den Flughafen München, dessen Zahl von Flugbewegungen
674 bisher jede Prognose unterboten hat. Regionalflyghäfen sollen nicht mehr subventioniert und bei fehlender
675 Rentabilität stillgelegt werden.

676 Innerdeutschen Flüge sowie Auslandsflügen mit einer Distanz von nicht mehr als 500km werden wir über die
677 Beteiligungen des Freistaats einen Riegel vorgeben, indem keine Start- und Landeslots mehr für solche Flüge
678 zur Verfügung gestellt werden.

679 Vision Zero

680 Wir wollen null Verkehrstoten („Vision Zero“). Dazu müssen in Bayern bauliche und organisatorische Maßnah-
681 men ergriffen werden, die für mehr Sicherheit im Straßenverkehr sorgen. Aber nicht nur die objektive Sicher-
682 heit muss ausgebaut und erhalten werden, sondern auch das Gefühl von Sicherheit im Rad- und Fußverkehr.
683

684 Zentrale Forderung in der Verkehrspolitik:

- 685 • Kostenloses Landesticket für alle Auszubildenden, Schüler*innen und Studierenden
- 686 • Stündliche Anbindung aller Orte mit dem ÖPNV
- 687 • Mittelfristig: ticketfreier ÖPNV
- 688 • Stärkung der bayerischen Eisenbahngesellschaft
- 689 • Autofreie Innenstädte ab Kleinstadtgröße

- 690 • Tempolimit
- 691 • Verbesserte Infrastruktur für Radverkehr
- 692 • Die Elektrifizierung des Streckenabschnitts zwischen Nürnberg und Hof ist hier von besonderer Bedeu-
- 693 tung, da sie die Wiederherstellung des Fernverkehrs auf der gesamten Sachsen-Franken-Magistrale und
- 694 die Rückkehr der Städte Bayreuth und Hof in das ICE-Netz ermöglicht.
- 695 • Wo noch Gleise liegen und Strecken nicht einmal entwidmet sind, kann im Vergleich zum Neubau sehr
- 696 schnell und ohne großen Ressourcenaufwand ein attraktives Angebot für den Umstieg auf den Schie-
- 697 nenpersonennahverkehr geschaffen werden. Daher sollte bei der politischen Bewertung von Fahrgast-
- 698 prognosen das Ziel der Verkehrswende stärker zur Geltung kommen und von den aktuell geltenden
- 699 strikten Anforderungen an eine sofort eintretende Mindestnachfrage Abstand genommen werden. Zur
- 700 Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen muss dem Nahverkehrsangebot in ländlichen Re-
- 701 gionen eine besondere Priorität und auch eine Anschubfinanzierung zukommen.

702 2. Finanzierung

703 Während die DB Netz AG im Jahr 2020 vom Bund rund 4,6 Milliarden Euro für Instandhaltung und Ersatz ihrer
704 Infrastruktur erhält, fehlt den durch CSU und Freie Wähler den nichtbundeseigenen Eisenbahninfrastruktur-
705 unternehmen ein solcher Topf. Davon betroffen sind insbesondere die Anschlüsse von Unternehmen an das
706 bundeseigene Schienennetz sowie Strecken mit touristischen Verkehren negativ betroffen.

707 Wir fordern, dass der Freistaat den Neu- und Ausbau sowie die Instandhaltung der Gleisanschlüsse von Un-
708 ternehmen an das Schienennetz sowie die Instandhaltung von zu touristischen Zwecken betriebene Strecken
709 finanziell fördert. Bahnstrecken, auf denen regulärer Schienenpersonen- und -güterverkehr stattfindet, müs-
710 sen sich in staatlicher Hand befinden, nötigenfalls sind diese wieder in staatliche Hand zu überführen. Solche
711 Bahnstrecken in Privatbesitz wollen wir nicht fördern.

712 **Der Freistaat muss seinen Beitrag leisten**

713 10% des bayerischen Eisenbahnnetzes werden nicht von der Deutschen Bahn, sondern von sogenannten nicht-
714 bundeseigenen Eisenbahnen oder kurz NE-Bahnen, betrieben. Während die DB Netz AG im Jahr 2020 vom
715 Bund rund 4,6 Milliarden Euro für Instandhaltung und Ersatz ihrer Infrastruktur erhält, fehlt durch die CSU
716 und Freie Wähler den NE-Bahnen ein solcher Topf. Entsprechend schwierig sind für diese Bahnen die Investi-
717 tionen in die Infrastruktur.

718 **Wir fordern, dass der Freistaat Bayern die Finanzierung für NE-Bahnen und die Reaktivierung von**
719 **Bahnstrecken durch ein jährliches Budget und eine Startfinanzierung angeht.**

720 **Die Gelder vom Bund richtig verwenden**

721 Aktuell fließen die Mittel vom Bund hauptsächlich in den Straßenbau. Zum Erreichen einer Mobilität für alle
722 müssen in Bayern die Finanzmittel umgeschichtet werden. **Die von der Bundesregierung nach dem Ent-**
723 **flechtungsgesetz und dessen Nachfolgeregelungen zugewiesenen Fördermittel sollen ab 2023 in Bay-**
724 **ern zu 75 Prozent für Maßnahmen, die dem ÖPNV dienen und nur zu 25 Prozent für die Förderung**
725 **von Maßnahmen für Straßenbau vergeben werden.** Dies wird im BayGVFG beziehungsweise an geeigneter
726 Stelle festgeschrieben.

727 **Solidarisches Bürger*innenticket**

728 Um zur Verkehrswende aus eigener Kraft einen höheren Beitrag zu leisten, fordern wir die **Einführung eines**
729 **Nahverkehrsbeitrags.** Ziel ist es, die Bevölkerung an der Finanzierung der Verkehrswende und hier insbe-
730 sondere am Ausbau des ÖPNV zu beteiligen – unabhängig davon, ob dieser von den einzelnen Beitragszah-
731 ler*innen genutzt wird oder nicht. Hierzu ist eine **Änderung des Kommunalabgabengesetz** (KAG) von Sei-

732 ten des Freistaats notwendig. Diese ermöglicht es den jeweiligen Städten und Regionen, alle Bürger*innen
733 zu einem **zweckgebundenen Beitrag** heranzuziehen und ließe ihr den Spielraum den Beitrag sinnvoll und
734 sozial gerecht auszugestalten. Alle rechtlich verpflichteten Beitragszahler*innen würden im Gegenzug ein so-
735 lidarisches Bürger*innenticket ("beitragsrechtlicher Sondervorteil"), erhalten. Als Beitragszahlende kommen
736 (je nach Ausgestaltung) alle in der Stadt oder Region gemeldeten Personen in Betracht, die ein gewisses Jah-
737 reseinkommen erzielen. Heißt, **wer mehr verdient zahlt auch mehr**. Wer aufgrund von geringerem bis kein
738 Einkommen oder anderen Gründen nicht in die Gruppe der Beitragszahler*innen fällt, soll trotzdem aufgrund
739 des Solidaritätsprinzips ein solches Ticket erhalten. Erhoben werden kann der Beitrag von der Stadt- oder
740 Kreisverwaltung.

741 **Wer profitiert, muss zahlen**

742 Darüber hinaus soll das Instrument der städtebaulichen Verträge zur Finanzierung des ÖPNV genutzt wer-
743 den. Bei Bodenwertsteigerungen infolge der Ausweisung von Bauland erfolgt eine Gewinnabschöpfung. Dies
744 geschieht – teils unter dem Stichwort „Soziale Bodenordnung“ – nach Maßgabe der Vorschriften des Bau-
745 gesetzbuchs in vielen Kommunen bereits durch städtebauliche Verträge zwischen Kommunen und Grund-
746 stückseigentümer*innen. Die hierdurch erzielten Gewinne lassen sich zur Finanzierung des ÖPNV verwenden.
747 Vorrangig soll durch den Planwertausgleich aber bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

748 **ÖPNV- Erschließungsbeiträge**

749 Genauso, wie für die Erschließung von Neubau- und Gewerbegebieten eine Umlegung der Straßenbaukosten
750 auf Anlieger erhoben wird, soll in Zukunft der Freistaat die Möglichkeit schaffen von **Grundstückseigentü-
751 mer*innen** ein einmaliger **Erschließungsbeitrag** zu erheben, **für die erstmalige Herstellung von bauli-
752 cher ÖPNV-Infrastruktur**. Um aber nicht nur die ÖPNV-Infrastruktur zu erbauen, sondern diese auch gut zu
753 erhalten werden in **regelmäßigen Abständen Erhaltungsbeiträge** erhoben.

754 Dabei sollen der Erschließungsbeitrag und die Erhaltungsbeiträge so gestaltet werde, dass Personen mit ge-
755 ringerem Einkommen, die zur Miete oder in eigengenutzten Immobilien, weniger belastet werden.

756 **Wer beschäftigt, trägt Sorge fürs Ankommen seiner Mitarbeiter*innen**

757 **Arbeitgeber-Nahverkehrssonderabgabe**

758 Um den Umstieg vom Auto auf eine flächendeckende öffentliche Zubringung zur Arbeit zu ermöglichen, müs-
759 sen ab einer bestimmten Betriebsgröße **alle Betriebe einer Kommune einen bestimmten Prozentsatz der
760 Lohnsumme zweckgebunden zur ÖPNV Finanzierung abführen** (analog der „versement transport“ in Frank-
761 reich oder der Dienstgeberabgabe in Wien). Hierbei wird auf die Arbeitgeber*innen zurückgegriffen, da auch
762 sie vom Umstieg profitieren: Der Betrieb wird für Kund*innen und Mitarbeiter*innen leichter erreichbar, ein
763 (Aus-)Bau der Parkplätze wird durch die bessere Anbindung obsolet. Es wird eine Sonderabgabe erhoben,
764 nicht notwendigerweise ein ÖPNV-Ticket damit erworben.

765 **Einzelhandels- Nahverkehrssonderabgabe**

766 Der ÖPNV- Ausbau zahlt auch auf Einzelhandelsunternehmen ein. Insbesondere große Lebensmittel-Ketten
767 verbrauchen aktuell vor allem Parkfläche. Um die Infrastruktur umbauen zu können und gleichzeitig die Er-
768 reichbarkeit von Einzelhandelsgeschäften zu garantieren, wird von Einzelhandelsunternehmen eine Abgabe
769 erhoben, die dem ÖPNV zugutekommt. Die Abgabe knüpft an der Verkehrsverursachung durch die Unterneh-
770 men an.

771 **Zentrale Forderungen der Finanzierung in der Mobilitätspolitik:**

772 Mehr finanzielle Unterstützung der Landesregierung

773 Solidarisches Bürger*innenticket

774 Anpassung des Kommunalabgabegesetzes

775 Arbeitgeber-/Einzelhandels-Nahverkehrsabgabe

776 Es wird auch weiterhin für unsere Mobilität gearbeitet

777 Klar ist, es braucht eine Mobilitätswende! Diese darf aber nicht zu ökonomischen oder sozialen Verwerfungen
778 führen, sondern muss, ganz im Gegenteil, die Chance der Transformation nutzen und sicherstellen, dass die
779 hochqualifizierte Arbeitnehmer*innen in Bayern weiter beschäftigt sind. Dazu braucht es bei der Transfor-
780 mation des Automobilssektors bayrische industrie- und strukturpolitische Begleitung. Besonders betroffene
781 Regionen müssen politische Unterstützung erfahren. Um die Transformation zu meistern, braucht es umfas-
782 sende Weiterbildungsinitiativen und eine fortschrittliche Qualifikationspolitik, um Menschen für neue Anforde-
783 rungen und neue Jobs weiterzubilden. Für die gesamtwirtschaftliche Transformation muss eine vorausschau-
784 ende Industriepolitik rechtliche Rahmensetzungen schaffen, die klimaneutrale Mobilität und emissionsarme
785 Zukunftstechnologien bevorzugen.

786 Die Situation der Beschäftigten im öffentlichen Verkehr muss deutlich verbessert werden. Dazu gehören hö-
787 here Löhne, mehr Beschäftigte und kürzere Arbeitszeiten. Im Bereich der neuen Mobilitätsdienstleistungen
788 dürfen nicht länger prekäre Arbeitsplätze entstehen.

789 Der Mobilitätssektor steht vor großen Umbrüchen, die durch die Verkehrswende, Digitalisierung und Co. ent-
790 stehen. Wir wollen den Geltungsbereich des Kurzarbeitergeldes von konjunkturellen Krisen auf Strukturum-
791 brüche erweitern und so ein Transformationskurzarbeitergeld schaffen. Wir wollen außerdem, dass das Kurz-
792 arbeitergeld länger gezahlt wird, um Arbeitsplatzverlusten vorzubeugen. Um Arbeitsplätze zu erhalten, müs-
793 sen die Arbeitnehmer*innen an den Gewinnen beteiligt werden. Und wir brauchen die 30-StundenWoche auch
794 im Verkehrsbereich. Alle neu geschaffenen Arbeitsplätze müssen unserer Vorstellung von „guter Arbeit“ ent-
795 sprechen. Dabei gelten für uns die Kriterien des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB): tarifgebunden, mit
796 Mitbestimmung und unbefristet.

797 **Wohnen**

798 Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit. Denn was nützt es, wenn erkämpfte
799 Lohnforderungen durch die Miete wieder aufgebraucht werden? Was nützen boomende Städte mit einer
800 guten Infrastruktur, wenn man dort keine Wohnung findet? Was nützen neue Bauvorhaben, wenn sie alle
801 Erholungsflächen versiegeln und das Klima schädigen?

802

803 Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum folgt aus dem Zusammentreffen verschiedener Problemstellungen,
804 für die eine Lösung nur im Zusammenspiel verschiedener Themenfelder möglich ist. Wir wollen uns hier auf
805 Wohnraum für junge Menschen konzentrieren, sowie dem Neubau von bezahlbarem Wohnraum und guter
806 öffentlicher Daseinsvorsorge in Stadt und Land, Verbesserungen bei bestehenden Mietverhältnissen, einem
807 Ende von Bodenspekulation sowie ökologischen Anforderungen.

808 1. Junge Menschen brauchen Wohnraum

809 Junge Menschen finden weder auf dem Land noch in der Stadt ausreichend geeignete und bezahlbare Woh-
810 nungen. Eine geeignete Wohnung ist aber Voraussetzung für gutes Lernen und einen erfolgreichen Abschluss.
811 Und besonders diejenigen, die von ihren Eltern nicht umfassend finanziell unterstützt werden können, sind
812 auf preiswerten Wohnraum angewiesen.

813

814 Wir fordern **mehr kleinere Wohnungen für junge Menschen auf dem Land**, beispielsweise durch eine För-
815 derung des Baus von Einliegerwohnungen und Wohnformen, die keine Einfamilienhäuser sind. Das bedeutet
816 natürlich nicht, dass wir die Verdrängung von jungen Menschen aus den Innenstädten unterstützen. Mehr
817 Angebote für **Junges Wohnen** in Stadt und Land müssen durch kommunale und staatliche Wohnungsgesell-
818 schaften und wo möglich auch durch Genossenschaften geschaffen werden. Die Förderprogramme werden

819 allen jungen Menschen, Studierenden und Auszubildenden gleichermaßen offen stehen. Die Durchmischung
820 von Azubi- und Studierendenwohnen soll gefördert werden. Es müssen **Werkwohnungen** insbesondere für
821 Azubis und dual Studierende mit langer Zweckbindung und finanzieller Beteiligung der Ausbildungsbetriebe
822 gezielt gefördert werden. Wir fordern das Errichten von Gebäuden, welche **Mehrgenerationenwohnen** mög-
823 lich machen. Die Wohngebäude sollen den sozialen Austausch, zum Beispiel durch einen Sozialraum oder
824 Gemeinschaftsprojekte ermöglichen und bedarfsgerecht ausgestattet sein. In den Wohneinheiten sollen so-
825 wohl Junge Menschen als auch ältere Menschen ein Zuhause finden können und sich gegenseitig unterstüt-
826 zen.

827

828 Wir fordern mehr Gründungen von **Azubiwerken** nach Münchener Vorbild überall dort, wo es nachhaltig ist.
829 Für die Gebiete außerhalb der großen Ballungszentren prüfen wir die Errichtung eines **Azubiwerks durch den**
830 **Freistaat Bayern** selbst.

831

832 Wir werden bezahlbare und öffentlich betriebene **Studierendenwohnheime** bauen. Denn in München und
833 Würzburg gibt es nicht einmal für jeden zehnten Studierenden einen Platz im Wohnheim. Wir werden in den
834 Universitätsstädten diese **Wohnheimquote** auf 15% erhöhen. Bestehende Wohnanlagen dürfen nicht wie
835 derzeit beispielsweise ca. 1.500 Wohneinheiten in der Münchner Studentenstadt als baufällige Gefahrenquelle
836 leerstehen, sondern sie müssen gepflegt, zeitgemäß saniert und bewohnt sein.

837 Bezahlbar wohnen in Stadt und Land

Die Nachfrage an Wohnraum in Städten ist trotz Pandemie und den damit einhergehenden Veränderungen
in der Arbeitswelt weiterhin hoch. Wir wollen öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur im ganzen Land
stärken, um mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land den Druck von den größeren Städten
zu nehmen. Dafür braucht es eine nachhaltige Raumentwicklungs- und Regionalplanung sowie enge regionale
Kooperationen. Durch ein durchdachtes **Mobilitätskonzept** ermöglichen wir es allen, außerhalb der großen
Städte zu wohnen, ohne auf die Vorteile der Metropolen verzichten zu müssen.

Wir brauchen ausschließlich neuen bezahlbaren Wohnraum, kein "bauen, bauen, bauen" von Luxuswohnun-
gen. Bezahlbarer Wohnraum entsteht in erster Linie durch die **Bautätigkeit staatlicher und insbesondere**
kommunaler Wohnbaugesellschaften, deren

Neugründung wir erleichtern und Privatisierung beenden werden. Die staatliche Wohnbaugesellschaft Bayern-
Heim soll reformiert und ordentlich aufgestellt werden und neben den vor Ort in erster Linie tätigen kommunal-
en Wohnbaugesellschaften sowie eigenen Wohnbaugesellschaften der Landkreise tätig werden. Die **Arbeits-**
bedingungen in der Baubranche müssen verbessert und gerechter werden, wir brauchen mehr Tariftreue,
mehr Familienverträglichkeit und einen höheren Gesundheits- und Arbeitsschutz. Wir brauchen viel mehr Di-
versität in der Baubranche, Diskriminierung und Benachteiligung von FINTA-Personen, wie zum Beispiel bei
Lohnunterschieden, werden wir bekämpfen. Wir fordern die Einhaltung der besseren Arbeitsbedingungen
unter anderem in einen Tariftreue- und Vergabegesetz ein.

Das **Baulandmobilisierungsgesetz** des Bundes war ein erster Aufschlag zu einer gerechteren Wohnpolitik.
Wir werden die zu seiner Umsetzung notwendigen Verordnungen im Gegensatz zur CSU mit dem Ziel bezahl-
baren Wohnens großzügig umsetzen. Die **BayBO-Reform** von 2020 werden wir nachbessern, damit endlich
im gesamten Staatsgebiet schnell und unkompliziert gebaut werden kann, mit einem Fokus auf bezahlbares
Wohnen. Dabei werden wir gerade im urbanen Raum Abstandsflächen vereinheitlichen und reduzieren, um
eine Nachverdichtung auch in großen Städten ermöglichen. Den Bauaufsichtsbehörden geben wir im Einver-
nehmen mit den Gemeinden die **Freiheit von einzelnen Bauvorschriften abzuweichen**, solange mindestens
60% der zu errichtenden Wohneinheiten langfristig für sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden und die
Sicherheit für die Bewohner*innen gewährleistet ist. Barrierefreies Wohnen stellen wir sicher.

Bezahlbarer Wohnraum muss bezahlbar bleiben. Wir weiten die **Förderbindung von Sozialwohnungen** auf die maximal mögliche Länge aus. Zudem fördern wir einen Ankauf insbesondere von in absehbarer Zeit aus der Bindung fallenden Sozialwohnungen durch staatliche und kommunale Wohnbaugesellschaften. Um den Missbrauch von Wohnungen als

Ferienwohnung für höhere Renditen zu bekämpfen, werden wir das

Zweckentfremdungsgesetz verschärfen und für eine flächendeckende Umsetzung kämpfen.

Wir werden die gesetzliche Grundlage für die Obdachloseinweisung verbessern und verschärfen, Kommunen bei der Beherbergung von **Obdachlosen** finanziell unterstützen und mehr landeseigene Immobilien hierfür bereitstellen. Mittelfristig werden wir mehr Einrichtungen für die Beherbergung von Hilfsbedürftigen schaffen.

Wir fördern **Frauenhäuser** finanziell und bauen deren Angebot für eine kurzfristige Unterbringung flächendeckend in ganz Bayern aus. In jedem Landkreis muss künftig mindestens ein Frauenhaus sein. Für Frauen, die eine längerfristige Unterkunft benötigen unterstützen wir Wohnkonzepte von FrauenWGs und Frauenvereinen.

Miete ist keine Rendite!

Viele Haushalte geben mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete aus. Miete darf aber kein Armutsfaktor sein! Daher halten wir weiter an der Forderung eines **Mietenstopps** fest, für den wir uns gemeinsam mit anderen Bundesländern bundesweit einsetzen werden. Unser Ziel sind möglichst viele bezahlbare Wohnungen für möglichst viele Menschen. Wir fordern eine sozial gerechte Wohnungspolitik, die bis in die Mitte der Gesellschaft zuerst diejenigen unterstützt, deren Einkommen und Chancen auf eine Wohnung am freien Wohnungsmarkt am geringsten sind. Öffentliche Gelder müssen aufgestockt und vorrangig dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. **Genossenschaftliches Wohnen** wollen wir im Sinne einer sozial gerechten Wohnungspolitik unterstützen und fördern. Die aktive Förderung von **Wohneigentum** Privater durch finanzielle Zuwendungen oder vergünstigte Vergabe von Grundstücken durch den Freistaat Bayern unterstützen wir nicht. Unser Ziel ist es zudem im privaten Teil des Wohnungsmarktes eine Umverteilung zu erreichen. Daher wollen wir nachrangig zum öffentlichen Eigentum auch den Erwerb ausschließlich als Hauptwohnsitz **selbstgenutzten Wohneigentums** durch Menschen mit geringerem Eigenkapital auf dem freien Immobilienmarkt unterstützen. Dafür soll der Freistaat im Gegenzug ein preislimitiertes Vorkaufsrecht an der Immobilie erhalten.

Der Mietvertrag ist von einem krassen Machtgefälle geprägt. Wir führen wieder ein **Wohnungsaufsichtsgesetz** ein und geben den Kommunen so die Befugnis zurück, die Behebung von Mängeln anzuordnen.

Des Weiteren prüfen wir die Einführung einer landesweiten **Mietensteuer** in Form einer Abgabe auch in Bayern. Je höher die Miete, desto höher die Steuer.

Auch die Wohnungssuche ist von **Alltagsdiskriminierung** geplagt. Wir werden dies durch alle landesrechtlich zulässigen Mittel bekämpfen und prüfen etwa die Errichtung einer Landesdiskriminierungsstelle. Bei der Vergabe staatlicher Wohnungen garantieren wir ein diskriminierungsfreies Verfahren.

Wir fordern ein **Wohnraumversorgungsgesetz** auf Landesebene. Ähnlich dem Berliner Vorbild sollen die Rechtsgrundlagen für die Einführung von **Mieter*innenräten** für alle landeseigenen Wohnbauunternehmen sowie Sonderregelungen zum Mieter*innenschutz erlassen werden. Dies erfolgt mit dem Ziel, dass Mieter*innen eine Interessenvertretung bei Neubau-, Modernisierungs- und Instandsetzungsprogrammen, bei der Quartiersentwicklung sowie bei Gemeinschaftseinrichtungen in den landeseigenen Wohnungsunternehmen gegeben ist.

Wir fordern die Einrichtung von finanziell durch den Freistaat gefördert und unterstützten Quartiersräten, nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land. Sie sollen die

Wohnsituation und -qualität in den Quartieren verbessern. Das gelingt dadurch, dass die Quartiersrät*innen öffentliche Beratungen durchführen, um die Belange der Nachbarschaft zu erfahren.

Viele Städte und Gemeinden haben eigene Regelungen zur Förderung bezahlbaren

Wohnens geschaffen. Um einen Wissensaustausch zu erleichtern, fordern wir ein **Kompetenzzentrum** auf Landesebene. Dieses könnte beim Bayerischen Staatsministerium für Wohnen angesiedelt werden. Das Kompetenzzentrum soll auch für Mieter*innen eine Erstberatung anbieten.

Wohnraum ist kein Spekulationsobjekt!

Bei der Ausweisung neuen Baulandes erfahren Grundstücke eine erhebliche

Wertsteigerung, die ohne eigene Leistung der Eigentümer*innen geschieht. Wir fordern daher eine landesweit einheitliche Regelung entsprechend der von einigen Kommunen bereits angewendeten Modelle (z.B. So-BoN München, Drittelmodelle, Ansiedlungsmodelle).

Um Spekulation mit Bauland zu verhindern, werden wir die Geltungsdauer von

Baugenehmigungen auf drei Jahre verkürzen. Wir fordern eine landesweit flächendeckende

Ausdehnung von **Erhaltungssatzungsgebieten** und prüfen eine landesrechtliche Umsetzung der **neuen Wohnungsgemeinnützigkeit**. Den Bayerischen Sonderweg bei der neuen **Grundsteuer** werden wir beenden und künftig insbesondere die Höhe der Mieten einbeziehen. Das **Bayerische Stiftungsgesetz** wird angepasst, so dass gemeinnützige Stiftungen bei der Verwaltung ihres Immobilienbestandes nicht mehr zur Gewinnerzielung verpflichtet sind.

Weil sich die bayerische Landesbank verspekulierte, beschloss die Staatsregierung, die

Wohnungsgesellschaft **GBW** mit über 30.000 Wohnungen zu privatisieren. Wir finden: der Staat ist im Vergleich zu renditeorientierten Unternehmen der bessere Vermieter. Wir werden deshalb die Mittel des Grundgesetzes voll ausschöpfen und uns dafür einsetzen, dass das Mittel der Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne – insbesondere der ehemaligen GBW-Wohnungen – wo immer sinnvoll und möglich zur Anwendung kommt. Wir fordern zudem, dass der Freistaat Bayern keine Grundstücke mehr privatisiert, sondern höchstens im Erbbaurecht vergibt. Kommunen und Landkreise sollen zudem die Möglichkeit erhalten, Grundstücke vom Freistaat zu vergünstigten Preisen zu erwerben, wenn sie diese selbst nicht weiter veräußern und zum Zwecke bezahlbaren Wohnens nutzen.

Nur ökologisches Bauen hat Zukunft

Durch die Förderung von insbesondere Lehm- und Holzbauweisen kann ein großer Teil des Zements eingespart werden. Zudem müssen Projekte gefördert werden, die sich mit alternativen Zementherstellungen beschäftigen. Generell sollten beim Bau möglichst viele **nachwachsende und recycelbare Rohstoffe** verbaut werden. Bei der Planung muss daher der Wärmeschutznachweis, der zur Eingabe gehört, stärker beachtet und kontrolliert werden. Wir fordern ein Ende der Förderung nicht-nachhaltiger Rohstoffe, insbesondere in Beton.

Neben dem Heizen ist auch die umfangreiche Flächenversiegelung eine große Umweltbelastung. Wir wollen im Thema Hochhausbau eine neue Sensibilität schaffen, die neuere Konzepte entstehen lässt und es uns ermöglicht, **flächensparend bezahlbares Wohnen** zu schaffen und dabei Rücksicht auf das Stadtbild zu nehmen. Wir regen bei den Kommunen an, künftig die Planung und Genehmigung von Einfamilienhäusern zu vermeiden. Eine weitere Vermeidung von Flächenfraß lässt sich durch die vermehrte Unterstützung von Sanierungen gegenüber Neubauten erreichen. Dabei sollte es eine bessere Beratung und eine Unterstützung für Sanierungsmaßnahmen, z.B. je nach Baujahr geben. Die Sanierungsquote muss drastisch erhöht werden. Zudem soll ein größerer Fokus auf das Schließen von Baulücken gelegt werden als auf die Neuausweisung von Bauland. Stellplätze für PKW sollen durch quartiersbezogene Lösungswege und Mobilitätskonzepte reduziert werden.

Der größte Emissionsfaktor eines Hauses sind seine **Heizkosten**. Es sollten moderne Gebäudedämmung und Fenster genutzt werden. Die bisherigen Anforderungen der nun auslaufenden Förderungen sollten hierbei zum neuen Standard werden. Das Ziel neuer Förderprogramme muss ein klimaneutrales Haus werden, wobei besondere Förderungen für bezahlbaren Wohnungsbau geprüft werden. Die energetische Sanierung von

älteren Gebäuden sollte weiterhin gefördert und ausreichend gefordert werden. Bei der **Heiztechnik** setzen viele Haushalte noch auf Gas- oder Ölheizungen. Diese sind nicht nur Klimaschädlich, die verwendeten Rohstoffe werden auch aus Staaten bezogen, von denen eine Importunabhängigkeit angestrebt werden sollte. Öl- und Gasheizungen müssen langfristig anderen Alternativen weichen. Dazu fordern wir ein Verbot von einem Verbau in Neubauten und eine geplante Ablösung in Altbauten je nach Baujahr. Als Alternativen sollen besonders Stromheizungen und insbesondere Luft-Wärmepumpen gefördert werden. Wir fordern zum Betrieb zur Stromgewinnung eine **Solardachpflicht** auf allen Gebäuden **ohne Denkmalschutz**.

Es soll eine Beweislastumkehr gelten, bei der nachgewiesen werden muss, warum keine Solaranlage auf das Dach gebaut werden kann. Dabei sind auch thermische Anlagen zur Warmwassererzeugung zu unterstützen, besonderer Fokus soll aber auf der Stromerzeugung liegen. Hat ein*e Hausbesitzer*in keine finanziellen Möglichkeiten zum Bau einer Solaranlage, soll die Kommune das Dach kostenlos nutzen dürfen, eine Solaranlage installieren und den erzeugten Strom entweder einspeisen oder vergünstigt an die Hausbesitzer*in verkaufen.

Problemen aufgrund von **Wassermangel** kann entgegengewirkt werden, indem begrünte Dächer umgesetzt werden. Zu diesem Zweck sollen Steingärten oder -dächer verboten werden und begrünte Fassaden gefördert werden. Dem Wasserverbrauch muss ebenfalls entgegengewirkt werden. Durch den Bau einer Zisterne und dem Verlegen einer vierten Leitung im Haus, kann Regenwasser gesammelt und verwendet werden. Bei Neubauten soll diese sog. Grauwassernutzung deshalb gefördert und langfristig verpflichtend werden, bei Altbauten soll sie unterstützt werden. Zudem könnten Kommunen, besonders Städte, durch den Bau von gemeinsamen Speichern für Regenwasser eine Grauwasserverteilung ermöglichen, wo keine eigenen Zisternen in den Häusern verbaut werden können. Bei Mietwohnungen sollen die Kosten für all diese Klimaschutzmaßnahmen bei Vermieter*innen liegen und **nicht auf Mieter*innen umgelegt** werden dürfen.

Um der **Zersiedelung und Flächenfraß** entgegenzuwirken, fordern wir eine verpflichtende

Anbindung von Neubaugebieten an das ÖPNV-Netz. Weiterhin wollen wir die Stellplatzsatzungen bayernweit harmonisieren. Dabei soll die Höchstzahl an Stellplätzen, die eine Kommune fordern kann, begrenzt sein, um unnötige Abstellplätze zu vermeiden. Außerdem soll die Anzahl der zu bereitstellenden Stellplätze durch Mobilitätskonzepte reduziert werden können.

Um die Lebensqualität in Wohnvierteln zu stärken, wollen wir in geeigneten Quartieren eine Verkehrsberuhigung nach dem Barcelona-Modell prüfen. Dabei wird die Verkehrsbelastung gesenkt, indem die Einfahrt nur noch den Bewohner*innen und deren Gästen vorbehalten ist.

A Arbeit und Ausbildung

A Arbeit und Ausbildung

Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag
 Arbeit im Wandel: sozial, feministisch, ökologisch.A-4 Arbeit im Wandel: sozial, feministisch, ökologisch.

A-4

Titel	Arbeit im Wandel: sozial, feministisch, ökologisch.
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Arbeit im Wandel: sozial, feministisch, ökologisch.

- 1 Arbeit und das Verständnis von Arbeit haben sich in den vergangenen Jahren
- 2 gewandelt. Die Schwerpunkte der Menschen und ihre Einstellung zur Arbeit haben
- 3 sich verschoben. Umfragen zeigen, dass der Wert von Freizeit und
- 4 Selbstverwirklichung einen höheren Stellenwert einnimmt als früher. Die digitale
- 5 Transformation betrifft auch die Arbeitswelt und bringt nicht nur emanzipatorisches
- 6 Potential sondern auch Herausforderungen für unseren Kampf für gute Arbeit mit. Es
- 7 werden Branchen in den Bereichen der erneuerbaren Energien geschaffen werden
- 8 müssen und es werden welche in der Kohle und Stahlindustrie verloren gehen oder
- 9 sich verändern.
- 10 Der Ausbildungsstart bedeutet für viele junge Azubis, dass ein neuer Lebensabschnitt
- 11 beginnt. Um diesen Abschnitt für alle so angenehm wie möglich zu gestalten, müssen
- 12 wir noch vieles verbessern. „Wer nicht ausbildet wird umgelegt“ ist vielleicht nicht
- 13 ganz wörtlich gemeint, aber doch der richtige Ansatz für eines der Hauptprobleme.
- 14 Viele Betriebe bilden nicht oder nicht mehr aus und erschweren es so Azubis einen
- 15 Ausbildungsplatz zu finden, auch wenn klar ist, dass die Azubis die Zukunft der
- 16 Branche darstellen.
- 17 Als Jungsozialist*innen stehen wir Seite an Seite mit den Gewerkschaften und
- 18 kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen, eine flächendeckende Tarifbindung, die
- 19 Rückkehr aus Teilzeit in Vollzeit und vor allem aktuell: die Aufwertung der
- 20 Pflegeberufe. Das Wort „systemrelevant“ ist während der Pandemie zum
- 21 Dauerbrenner geworden und vor allem während des Lockdowns wurde deutlich, wer
- 22 unsere Gesellschaft in so einem Fall am Laufen hält. Trotzdem sind Berufe in der
- 23 Pflege und anderen sozialen Berufen vollkommen unterbezahlt und unterbesetzt.

24 Wir sagen: Es braucht mehr als nur Applaus: Es braucht nachhaltige Veränderungen.

25 **Feministische Perspektive**

26 Auch im 21. Jahrhundert stehen Frauen in unserer Gesellschaft vor vielen Hürden

27 und Herausforderungen und sind von systematischer Benachteiligung betroffen. Viele

28 dieser Probleme zeigen sich im Umfeld der Arbeit.

29 Eine der größten Baustellen findet sich an der Spitze von Unternehmen: In Deutschland besetzen kaum Frau-
30 en Leitungspositionen in großen Unternehmen, sie stoßen bei ihrem Aufstieg an eine „gläserne Decke“. Dieses
31 Phänomen existiert, weil Vorstände und Aufsichtsräte von Männern dominiert sind, die es vorziehen, auch mit
32 Männern zusammenzuarbeiten. Frauen werden so nicht auf entsprechende Posten berufen. Wir kämpfen des-
33 halb weiter für eine echte Gleichstellung und fordern eine Frauenquote von 50 Prozent für Aufsichtsräte und
34 Vorstände von Unternehmen.

35 Diskriminierung beginnt jedoch nicht bei der Vergabe von Vorstandsposten. Häufig

36 kommt es hierzu schon in Bewerbungsprozessen. Bewerber*innen werden dabei

37 aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Hautfarbe oder Herkunft noch vor einem Gespräch

38 aussortiert.

39 Ein Mittel, dem zu begegnen, ist, Bewerbungsverfahren zu anonymisieren. Dabei

40 werden Merkmale wie Herkunft und Geschlecht nicht in den entsprechenden

41 Unterlagen aufgeführt und Fotos liegen den Personaler*innen nicht vor. Wir fordern

42 deshalb, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) entsprechend zu

43 ergänzen, um solche anonymisierten Verfahren vorzuschreiben und Verstöße

44 sanktionierfähig zu machen.

45 Weiterhin ist in Deutschland auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Feld,

46 das von Missständen geprägt ist.

47 Entscheidet sich ein Paar für Kinder, ist es in der Regel die Frau, die entweder

48 Elternzeit nimmt oder ihren Beruf ganz verlässt. Auch die Pflege von Angehörigen

49 übernehmen meist Frauen. Frauen erledigen also meist diese gesellschaftliche „Care- und

50 Reproduktionsarbeit“. Zugleich ist der (Wieder-)Einstieg in den Beruf erschwert.

51 Das be- oder gar verhindert den beruflichen Aufstieg von Frauen und fördert das

52 Risiko, im Alter von Armut bedroht zu sein.

53 Wir akzeptieren das nicht – Care-Arbeit und Reproduktionsarbeit ist Arbeit!

54 Von einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung profitieren nicht nur, aber insbesondere

55 auch Eltern und pflegende Angehörige. Darüber hinaus wollen wir Unternehmen

56 verpflichten, flexible Arbeitszeitmodelle anzubieten. Besonders letztere müssen dabei

57 umfassend tariflich und gesetzlich abgesichert sein, damit kein Missbrauch möglich

58 ist. Das betrifft insbesondere Ruhezeiten sowie tägliche und wöchentliche

59 Höchstarbeitszeiten. Insgesamt ist für uns aber unerlässlich, dass die Maßnahmen

60 die Betroffenen tatsächlich entlasten und gleichzeitig für ein gleichbleibendes

61 Lohnniveau sorgen. Unabhängig vom Konzept sind ein Rückkehrrecht in die Vollzeit

62 und ein Rechtsanspruch auf gleiche Karrierechancen überfällig und müssen garantiert

63 werden. Hierzu fordern wir eine entsprechende Novellierung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) und
64 eine Überarbeitung der geltenden
65 Brückenzeitregelung.

66 Um zu verhindern, dass Care- und Reproduktionsarbeit zum Armutsrisiko wird, muss
67 sie in der Rentenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung berücksichtigt
68 werden. Gegebenenfalls muss der Staat dabei die Beiträge der Arbeitnehmer*innen
69 übernehmen.

70 Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die Verrichtung von Care- bzw.
71 Reproduktionsarbeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Das bedeutet, dass die
72 Professionalisierung der Care-Arbeit vorangetrieben wird, um flächendeckend
73 kostenlose Kinderbetreuung in Anspruch nehmen zu können und damit die
74 Organisation der Pflege von pflegebedürftigen und behinderten Angehörigen nicht
75 länger eine rein private Aufgabe ist. Darüber hinaus muss die Verteilung der Arbeit
76 von Geschlechterstereotypen befreit werden und in allen Bildungseinrichtungen
77 vermittelt werden, dass Care-Arbeit nicht weiblich, sondern menschlich ist. Für die
78 gerechte Verteilung der Care- und Reproduktionsarbeit sehen wir die Verkürzung der
79 Wochenarbeitszeit auf 25 Stunden als zentrales Instrument.

80 In der nun anlaufenden Legislatur erwarten wir, dass das Ehegattensplitting endlich
81 gestrichen wird. Das Steuermodell bevorzugt Verheiratete, bei denen nur eine Person
82 arbeitet. Entsprechend gesellschaftlicher Rollenklischees bleiben damit in den
83 allermeisten Fällen die Frauen zu Hause. Ein staatliches Programm, dass
84 Diskriminierung (in)direkt fördert, muss abgeschafft werden.

85 **Perspektive der Studierenden**

86 **Duales Studium**

87 Studium und Praxis miteinander zu verbinden ist in vielen Studiengängen enorm
88 hilfreich und erleichtert den späteren Berufseinstieg. Um hier die theoretischen Inhalte
89 und die Praxis bestmöglich kombinieren zu können, wurde bereits 1970 das duale
90 Studienmodell entwickelt. Das duale Studium sollte eine erste Antwort auf die
91 gestiegenen Qualifikationsanforderungen darstellen. Heute dient es nicht nur dazu,
92 während des Studiums schon Erfahrungen im Beruf zu sammeln, sondern auch
93 darum, sich in Teilen den Lebensunterhalt leisten zu können. In vielen dualen
94 Studiengängen fallen Studiengebühren an, die wir entschieden ablehnen. Für uns
95 steht fest: Bildung muss immer kostenfrei sein! Die Entlohnung des Dualen Studiums
96 muss sich verbessern, damit die dual Studierenden auch in teuren Städten tatsächlich
97 ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

98 Es lassen sich drei verschiedene Arten des dualen Studiums unterscheiden.

99 Das Ausbildungsintegrierende Studium verbindet den angestrebten Hochschulabschluss mit einem Abschluss
100 in einem anerkannten Ausbildungsberuf.

101 Das Praxisintegrierende Modell enthält verlängerte Praxisphasen in dem jeweiligen
102 Berufsfeld. Hierbei besteht für die Studierenden eine gültige Hochschulzulassung und
103 entweder ein Ausbildungs- oder Studienvertrag mit dem Praxispartner. Das
104 Berufsintegrierende Modell verbindet eine Teilzeittätigkeit mit einem Studium.
105 Viele Studierende arbeiten teilweise mehr als 30 Stunden pro Woche und werden
106 dafür nicht ausreichend entlohnt, denn aktuell sind die Rahmenbedingungen für dual
107 Studierende nicht gesetzlich geregelt. Wir fordern bereits seit 2016 die
108 Aufnahme von dual Studierenden in das Berufsbildungsgesetz (BBiG), um die
109 Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Löhne zu erhöhen. Nach fünf Jahren ist
110 diese Forderung aktueller denn je, denn die Zahl der dual Studierenden steigt und die
111 "Spielregeln" für die Praxisphasen sind weiterhin nicht angemessen geregelt. Wir
112 fordern die Aufnahme von dual Studierenden und ihren entsprechenden Praxisphasen
113 in den Unternehmen in das BBiG. Hier gelten aktuell keine einheitlichen Regelungen
114 und die Verträge zwischen den Studierenden und den Unternehmen werden
115 individuell geschlossen und es gibt keine Pflicht, einen gewissen Mindestbetrag
116 auszuzahlen, was zu Ausbeutung der jungen Mitarbeiter*innen führt. Außerdem muss
117 eine geregelte Ausbildung sichergestellt werden. Daher fordern wir die Pflicht zur
118 Vorlage eines Ausbildungsplans, der während des Studiums als Orientierung dient
119 und vielfältige Einblicke in den Beruf gewähren soll.

120 Bei der Aushandlung von Tarifverträgen ist es wichtig, die Besonderheiten der dual
121 Studierenden in den Blick zu nehmen und Ihre Belange wie Urlaub, Freistellung für
122 die Vorlesungen und Arbeitszeit im BBiG zu regeln und eine gesetzliche Grundlage zu
123 schaffen.

124 Diese Form der Ausbildung wird immer beliebter und 20% aller Studierenden
125 schlagen diesen Weg ein. Wir stehen solidarisch an der Seite der Studierenden und
126 der Gewerkschaften, die sich schon lange für das Thema einsetzen.

127 Um Gleichstellung zu fördern und Antifaschismus in unserer Gesellschaft zu stärken,
128 sollten diskriminierungskritische Inhalte Bestandteil aller Ausbildungen sein – das gilt
129 somit auch für das Studium. Wir fordern daher die Vermittlung
130 diskriminierungskritischer Inhalte, Kompetenzen und Grundsätze als verpflichtende
131 Bestandteile aller Studiengänge in Bayern – und perspektivisch bundesweit.

132 **Wissenschaftliche Perspektive**

133 "Unter dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz hätte jemand wie Albert Einstein
134 sicherlich keinen Nobelpreis bekommen" sagt der stellvertretende Vorsitzende der
135 Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW). Wer an einer deutschen
136 Universität promoviert, habilitiert oder auf andere Weise seine Qualifikation erhöht, fällt unter eben jenes
137 Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), das bestimmt,

138 dass wissenschaftliche Mitarbeiter*innen bis zu sechs Jahr vor und sechs Jahre nach
139 ihrer Promotion befristet beschäftigt werden dürfen (in der Medizin sind es sechs
140 beziehungsweise neun Jahre). Die genauen Laufzeiten können die Hochschulen
141 selbst festlegen. Diese Regelungen haben zur Folge, dass es quasi keine
142 unbefristeten Stellen in der wissenschaftlichen Arbeit gibt, sondern alle
143 Mitarbeitenden auf eine Professur hinarbeiten oder die Wissenschaft früher oder
144 später verlassen müssen. 2020 waren laut GEW 89 Prozent aller Verträge
145 wissenschaftlicher Mitarbeiter befristet.

146 Die Befristungen sollen den wissenschaftlichen Werdegang der nachrückenden
147 Forscher*innen regeln und laut Bundesbildungsministerin Karlicek auch durch mehr
148 personellen Wandel Innovation schaffen und mehr Menschen einen Weg in der
149 Wissenschaft bieten. Doch das WissZeitVG verfehlt dieses Ziel und verschlechtert
150 sogar die Lebensverhältnisse von jungen wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen.
151 Unabhängig davon, ob "Innovation" tatsächlich durch Befristung entstehen kann, ist es
152 in unseren Augen nicht das primäre Ziel von Wissenschaft innovativ zu sein sondern
153 in erster Linie, wissenschaftliche Qualität durch ordentliche
154 Beschäftigungsverhältnisse sicherzustellen. Nur Wissenschaftler*innen, die sich keine
155 Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen müssen, können gut forschen.

- 156 • Wer befristet arbeitet, kann keine Familie planen. 49 Prozent der Frauen und 42
157 Prozent der Männer, die nach der Promotion in der Wissenschaft arbeiten, bleiben
158 kinderlos. Gerade in der Phase zwischen Mitte 20 und Ende 30, in der Familien
159 gegründet und die Lebensplanung geschieht, haben junge Mitarbeiter*innen an
160 Universitäten keine Planungssicherheit, sondern hangeln sich von Vertrag zu
161 Vertrag.
- 162 • Die meisten Stellen sind wegen der vielfältigen Aufgaben auf Teilzeit ausgelegt.
163 Mit der Arbeit in Laboren, der Lehre oder der Betreuung studentischer Arbeiten
164 neben der Promotion wird aus einer bezahlten Teilzeitstelle schnell eine
165 gearbeitete Vollzeitstelle. Das eigentliche Ziel, die Promotion oder Habilitation,
166 wird zur Aufgabe in der vermeintlichen Freizeit.
- 167 • Die Innovation und die Qualität in der Forschung leiden, denn wer jedes halbe
168 Jahr auf einen neuen Vertrag hoffen muss, wird eher solide Publikationen
169 verfassen anstatt kontroverse Thesen zu vertreten und gängige Standpunkte der
170 Wissenschaft anzugreifen. Zudem herrscht auch hier keine Planungssicherheit,
171 denn wird ein Vertrag nicht verlängert, kann auch die Forschungsarbeit oft nicht
172 fortgeführt werden.

173 • Das Ziel der Professur ist ein Irrweg, denn nur eine von 23 Bewerbungen hat
174 Erfolg. Auf wenige Stellen kommen so enorm viele Bewerber*innen. Dabei werden
175 hauptsächlich die Zahl der Publikation und die erreichten Drittmittel bei der
176 Auswahl betrachtet, weniger die Qualität der Lehre. Wer keine Professur
177 bekommt, muss in den meisten Fällen nach zwölf Jahren befristeter Arbeit in der
178 Wissenschaft die Hochschule verlassen und in die freie Wirtschaft wechseln. In
179 vielen Fällen ist dieser Schritt aufgrund des Alters schwer und die
180 Karrierechancen sind extrem gering.

181 Diese Missstände nehmen wir nicht weiter hin! Die wissenschaftlichen
182 Mitarbeiter*innen sind das Grundgerüst der universitären Forschung und Lehre. Sie
183 unterrichten die künftigen Akademiker*innen und forschen zum Wohl der
184 Allgemeinheit. Deshalb verdienen sie Respekt und Sicherheit, keine prekären
185 Arbeitsverhältnisse. Wir fordern deshalb:

- 186 • Als Qualifikationserwerb dürfen nur noch Promotion und Habilitation behandelt
187 werden. Befristete Verträge sollen nur noch in diesen Fällen zulässig sein, nicht
188 mehr bei der Mitarbeit in Forschungsgruppen oder bei der Arbeit an Publikationen.
- 189 • Die Dauer der Befristung darf nicht mehr von den Universitäten selbst festgelegt
190 werden, sondern muss stärker gesetzlich beschränkt sein.
- 191 • Frauen muss es möglich sein, auch mit Kindern einen wissenschaftlichen
192 Werdegang anzustreben. Dazu müssen sie besonders gefördert werden, dazu
193 zählt beispielsweise die Bereitstellung von Betreuungsplätzen.
- 194 • Der geradlinige wissenschaftliche Werdegang mit dem Ziel einer Professur muss
195 verlassen werden. Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen müssen stattdessen
196 unbefristet angestellt werden.
- 197 • Unser Ziel ist es, alle Beschäftigten deutscher Hochschulen aus prekären,
198 befristeten und unfreiwillig abgeschlossenen Teilzeitverträgen in
199 sozialversicherungspflichtige Dauerstellen zu überführen.

200 Nur mit diesen Maßnahme können wir den Wissenschaftsstandort Deutschland
201 sichern und jungen Menschen gleichzeitig einen perspektivreichen Weg in die
202 universitäre Forschung eröffnen. Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sollen endlich
203 den Respekt bekommen, den sie verdienen!

204 **Geringfügige Beschäftigung**

205 Grundsätzlich lehnen wir geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ab. Diese sind vor
206 allem ein Mittel, mit dem Altersarmut, aber auch Armut im Falle des Jobverlustes
207 gefördert werden, da diese Arbeit keine Rentenpunkte einbringt und zudem auch kein
208 Beitrag in die Sozialversicherung eingezahlt wird. Da Frauen tendenziell häufiger in
209 geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, sind sie von diesen Gefahren

210 mehr betroffen als Männer. Arbeitgeber*innen haben aus unserer Sicht eine
211 Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft und diese Verpflichtung besteht darin,
212 Arbeitsplätze zu schaffen, die ein gutes Auskommen, das armutsfest ist, zu
213 garantieren. Dazu gehört neben dem Mindestlohn die Einzahlung in die Renten- und
214 Sozialversicherung. Wir fordern die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro.
215 Verhältnisse, in denen Arbeitgeber*innen Bewerber*innen dazu nötigen, auf Renten- und
216 Sozialversicherungseinzahlungen zu verzichten, müssen unterbunden werden.
217 Hierzu bedarf es der Abschaffung von geringfügigen Beschäftigungen in der heutigen
218 Form. Für Schüler*innen und Studierende braucht es beispielsweise Formen der
219 Beschäftigung, die Einzahlungen in die Renten- und Sozialversicherung generieren,
220 damit bereits diese Arbeit zur Absicherung für später beiträgt.
221 Solange geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bestand haben, bedarf es einer
222 besseren Aufklärung darüber, welche Auswirkungen der Verzicht auf Einzahlung von
223 Renten- und Sozialversicherungsbeiträge hat. Viele junge Menschen, die als
224 Schüler*innen ihren ersten Job annehmen, wissen nicht ausreichend darüber
225 Bescheid und lassen sich so leicht von Arbeitgeber*innen davon überzeugen, dass
226 sie auf eine Einzahlung verzichten. Hier muss dringend mehr Wissen vermittelt
227 werden.

228 **Perspektive der Azubis**

229 Mit der Einführung der Mindestvergütung für Auszubildende haben wir Jusos in der
230 letzten Legislaturperiode viel für junge Menschen erreicht – gegen den Widerstand der
231 Union. Die Höhe der Mindestausbildungsvergütung reicht aber immer noch nicht für
232 ein selbstständiges Leben von jungen Leuten aus. Daher kämpfen wir für eine
233 Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung, bis dies erreicht ist. Ebenso wollen wir
234 den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) auf alle Ausbildungsberufe
235 ausweiten, sodass die Mindestausbildungsvergütung ebenso wie alle anderen
236 Schutzrechte im BBiG zukünftig für alle jungen Menschen in Ausbildung gelten.
237 Wir möchten eine Ausbildungsgarantie einführen, die jedem jungen Menschen das
238 Recht auf einen guten Ausbildungsplatz gibt. Denn immer noch verlassen viel zu viele
239 junge Menschen, die gerne eine Ausbildung machen würden die Schule ohne einen
240 Ausbildungsplatz. Der Staat hat hier die Verantwortung jedem jungen Menschen eine
241 gute Zukunftsperspektive zu geben. Die betriebliche Ausbildung hat hier jedoch
242 Vorrang vor dem staatlichen Ausbildungssystem. Daher bleibt es Ziel, dass jeder junge Mensch einen betrieb-
243 lichen Ausbildungsplatz bekommt.
244 Inzwischen beteiligen sich rund 80 Prozent der Betriebe gar nicht mehr an der
245 Ausbildung von Fachkräften. Gerade in Zeiten, in denen sich fast alle
246 Arbeitgeberverbände über fehlende Fachkräfte beklagen, es aber immer noch jährlich

247 Zehntausende junge Menschen gibt, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, ist das
248 ein Zustand, den wir nicht hinnehmen können. Daher möchten wir durch eine
249 Ausbildungsplatzumlage dafür sorgen, dass sich zukünftig alle Betriebe zumindest
250 finanziell an der Ausbildung von Fachkräften beteiligen. Die Ausbildungsplatzumlage
251 sollte in einen Ausbildungsfonds entrichtet werden, aus dem wiederum die Schaffung
252 von Ausbildungsplätzen (im Rahmen der Ausbildungsgarantie) finanziert werden.
253 Damit Auszubildende berufliche Sicherheit auch nach dem Ende der Ausbildung
254 haben, fordern wir eine Übernahmegarantie in die Festanstellung.

255 Junge Menschen, die von ihren Eltern nicht finanziell unterstützt werden, haben oft
256 Probleme, die Lebenshaltungskosten während der Ausbildung zu tragen.

257 Mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wurde 1971 eine staatliche
258 Förderung für solche Situationen geschaffen. Heute können aber nur noch wenige
259 Auszubildende diese Förderung in Anspruch nehmen, weil die Grenzen für das
260 Einkommen der Eltern zu niedrig angesetzt sind. Außerdem wird die Beantragung
261 durch viele bürokratische Hürden erschwert.

262 Wir fordern deshalb eine Umgestaltung des BAföG, die mehr Menschen den Zugang
263 zur Förderung ermöglicht. Dazu zählt beispielsweise, dass das BAföG unabhängig
264 vom Einkommen der Eltern ausgezahlt wird. Auch wollen wir, dass das BAföG nach
265 dem Ende der Ausbildung nicht mehr wie bisher zurückgezahlt werden muss.

266 Der antifaschistische Kampf für eine befreite Gesellschaft muss auch in den
267 Berufsschulen geführt werden. Die Vermittlung diskriminierungskritischer Konzepte,
268 Inhalte und Grundsätze ist ein weiterer Schritt auf diesem Weg und muss
269 baldmöglichst verpflichtender Teil der Lehrpläne für Berufsschulen in Bayern werden –
270 perspektivisch auch bundesweit.

271 **Ökologische Perspektive**

272 Der Klimawandel ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit und wirkt sich damit
273 auf alle Teile unserer Gesellschaft aus. Wenn wir tatsächlichen Klimaschutz umsetzen
274 wollen, müssen wir ihn auch unter dem Eindruck der Arbeit betrachten.

275 Was den Bereich Arbeit in dieser Frage hingegen einzigartig macht, ist, dass sich
276 politische Entscheidungen unmittelbar und entscheidend auf die Lebensgrundlage der
277 Menschen auswirken.

278 Als sozialistischer Richtungsverband gilt für uns, dass wir Klimaschutz vor dem
279 Hintergrund von Klassenunterschieden betrachten und wir für soziale Gerechtigkeit
280 kämpfen – besonders, wenn es um Arbeit geht.

281 **Wege zur Arbeit**

282 Für viele Menschen in Deutschland ist der tägliche Weg zur Arbeit weiterhin der
283 Normalfall. Mehr als zwei Drittel greifen dabei auf das Auto zurück.

284 Für eine ökologischer gestaltete Arbeit, aber auch die Verkehrswende ist der
285 Arbeitsweg ein guter Ansatzpunkt.

286 Wir wollen den ÖPNV auch durch die flächendeckende Einführung eines Jobtickets
287 vorantreiben. Dieses muss über Landkreisgrenzen hinweg gültig und paritätisch vom
288 Staat und den Unternehmen finanziert werden. Damit schaffen wir auch den Anreiz,
289 den ÖPNV der Anschaffung von Firmenfahrzeugen vorzuziehen.

290 Bildung und Ausbildung spielen in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige
291 Rolle. Für uns als Jusos ist klar, dass Bildung auf allen Ebenen kostenfrei sein muss.
292 Nur so ist sie für jede*n zugänglich. Das bedeutet, dass der Staat auch die Kosten für
293 den Weg zur Schule oder Universität tragen muss.

294 Wir fordern deshalb ein steuerfinanziertes Bildungstickets für Schüler*innen,
295 Auszubildende und Studierende. Auch wer sich für eine Fort- oder Weiterbildung
296 entscheidet, darf auf den Fahrtkosten nicht sitzenbleiben, wenn er*sie nicht bereits ein
297 Jobticket hat. Am Ticket der Auszubildenden sollen sich, wie beim Jobticket, auch die
298 Unternehmen paritätisch an der Finanzierung beteiligen.

299 Zur Schulzeit, der Ausbildung oder dem Studium gehört die Begegnung mit anderen
300 jungen Menschen. Auch die eigenen Interessen bilden sich in dieser Zeit. Mobil zu
301 sein ist dabei besonders wichtig.

302 Wir wollen deshalb, dass die Bildungstickets nicht nur für den Weg zur Schule oder
303 Universität gelten, sondern jungen Menschen auch ermöglichen soll, in größere
304 Städte zu kommen.

305 Insgesamt wollen wir, dass der ÖPNV für alle zugänglich ist – unabhängig von Beruf
306 oder Alter. Wir wollen den kostenfreien ÖPNV für alle und setzten dabei auch auf
307 massive Investitionen, besonders, um Land und Stadt besser zu verbinden und
308 Querverbindungen zu schaffen. Wenn ausreichend Alternativen bestehen, wollen wir
309 den PKW-Verkehr weniger attraktiv machen und seine Infrastruktur zurück bauen.
310 Dadurch schaffen wir Platz, der wieder allen Menschen zur Verfügung steht.

311 **Für einen sozial-radikalen Wandel**

312 Einige Bereiche unserer Wirtschaft lassen sich nicht klimaneutral umbauen. Das betrifft gerade auch die Arbeit
313 im Kohlebergbau. Die Jobs in diesen Branchen werden
314 deshalb in den kommenden Jahren verschwinden. Für uns gehört es zur Ehrlichkeit,
315 das gegenüber den Beschäftigten so klarzustellen.

316 Wir stehen besonders in diesem Wandel an der Seite der Arbeiter*innen.
317 Deshalb fordern wir einerseits eine Frührente für Kohlearbeiter*innen, denen der
318 Arbeitsmarkt keine Chancen bietet oder zubilligt. Diese Rente darf das Rentenniveau
319 nicht unterschreiten und muss aus Steuermitteln finanziert werden. Die
320 Rentenbeiträge sollen übernommen werden, damit die Beschäftigten keine Nachteile

321 beim Eintritt in die reguläre Rente haben.

322 Für jüngere Arbeitnehmer*innen fordern wir umfassende Begleit- und

323 Unterstützungsprogramme bei der Umschulung, Weiterbildung und weiteren

324 Arbeitssuche. Während dieser Zeit soll das alte Verdienstniveau durch den Staat

325 garantiert werden.

326 In Regionen, in denen heute Kohle abgebaut wird, haben sich soziale und kulturelle

327 Strukturen gebildet. Die Schaffung von klimaneutralen Arbeitsplätzen soll deshalb

328 gerade dort gefördert werden. Besonders die zivilgesellschaftlichen Initiativen, gerade

329 solche, die sich für Toleranz, Antifaschismus und Jugendbildung engagieren, müssen

330 umfassend unterstützt werden.

331 Wenn Produktionsprozesse umgestaltet werden, können in anderen Branchen

332 Arbeitsplätze in eine klimaneutrale Zukunft überführt und neue Arbeitsplätze

333 geschaffen werden.

334 Dazu wollen wir Fort- und Weiterbildungen fördern. In diesem Zusammenhang fordern

335 wir ein Recht auf lebenslange Bildung. Die Teilnahme an solchen Programmen wollen

336 wir durch mindestens zehn zusätzliche (Bildungs-)Urlaubstage ermöglichen und die

337 Kosten für diese Weiterqualifikation auf die Unternehmen umlegen.

338 Um die sozial-ökologische Transformation generell aber besonders um sie im

339 Interesse der Beschäftigten voranzubringen wird eine grundlegende Demokratisierung

340 der Betriebe notwendig sein. Wir wollen, dass gemeinsam entschieden wird, wie und

341 was wir produzieren. Ressourcen sind endlich und müssen über demokratische

342 Aushandlung solidarisch verteilt werden.

343 **Ressourcenschonende Arbeit**

344 Klima- und Ressourcenschutz müssen auch am Arbeitsplatz eine Rolle spielen. Es ist

345 Aufgabe der Unternehmensführungen, ihre Arbeitsplätze und Prozesse

346 dementsprechend zu gestalten.

347 Die Digitalisierung schafft hier neue Möglichkeiten. So lassen sich Behördengänge weitestgehend papierlos

348 und von zu Hause aus erledigen und Dienstreisen,

349 besonders mit dem Flugzeug, können durch Online-Konferenzen vermieden werden.

350 In diesen Bereichen brauchen wir einen gezielten Ausbau.

351 Wir erkennen die Möglichkeit für den Klimaschutz, die das Homeoffice eröffnet.

352 Gleichzeitig sind wir uns der Risiken für Arbeitnehmer*innenrechte und soziale

353 Kontakte bewusst. Wir stehen hier an Seite der Gewerkschaften, um Ausbeutung zu

354 verhindern und gute Arbeitsbedingungen für alle zu schaffen.

355 Gerade in der Pflege gibt es viel zu tun: Wir sind der Auffassung, dass dem

356 Personalüberlastung nur mit Hilfe eines gesetzlich verbindlichen

357 Personalbemessungsinstrument erfolgreich entgegengewirkt werden kann. Wir

358 müssen zu einer Lohnpolitik kommen, die Einerseits zu einer flächendeckenden
359 Tarifbindung die Lohnentwicklung in den nächsten Jahren sichert, aber andererseits
360 eine Neubewertung der Eingruppierung in den Care-Berufen gewährleistet, die die
361 Komplexität und gesellschaftlichen Relevanz abbildet. Hierbei ist die regelmäßig und
362 häufige Evaluation und Anpassung maßgeblich. Dem Personalmangel kann nur durch
363 eine Ausbildungsinitiative entgegengewirkt werden. Auch die Möglichkeit sich in Care-
364 Berufen akademisch weiterzubilden, muss dringend ausgebaut werden.

365 **Arbeit im Wandel**

366 Wie unsere gesamte Gesellschaft befindet sich auch die Arbeitswelt in einem stetigen
367 Wandel und es kommen neue Herausforderungen auf uns zu, die es zu lösen gilt. Als
368 Teil der Arbeiter*innenbewegung begleiten wir diesen Weg und setzen uns an jeder
369 Stelle für die Belange der Arbeitnehmenden ein. Ausbeutung und ungerechte
370 Behandlung Einzelner müssen ein Ende nehmen.

C Wohnen

C Wohnen

Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Landesparteitag der BayernSPDKommunale Selbstbestimmung durch SOBON!C-1 Kommunale Selbstbestimmung durch SOBON!

C-1

Titel	Kommunale Selbstbestimmung durch SOBON!
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Landesparteitag der BayernSPD
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Kommunale Selbstbestimmung durch SOBON!

- 1 Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist angespannt, besonders bezahlbarer
- 2 Wohnraum ist Mangelware. Immer weniger Menschen können sich angemessenen
- 3 Wohnraum leisten, egal ob im Mietverhältnis oder als Eigenheim. Viele Einheimische
- 4 werden aus ihren Wohnorten verdrängt. Kommunen haben mit diesem Problem stark
- 5 zu kämpfen. Parallel müssen sie die Folgekosten von Neubauten tragen, denn sie
- 6 rufen Bedarf für unter anderem neuen Kindertagesstätten, Schulen, Straßen und
- 7 grüne Ausgleichsflächen hervor. Diese externen Kosten wiegen durch steigende
- 8 Boden- und Baupreise immer stärker. Eine hohe Doppelbelastung resultiert.
- 9 Gleichzeitig gilt: Wenn aus Land Bauland wird, erfährt der Boden eine enorme
- 10 Wertsteigerung. Die Eigentümer*innen verdienen an der kommunalen Genehmigung.
- 11 Die Folgekosten trägt die Kommune und damit die Gemeinschaft, die sie direkt bei der
- 12 Wertschöpfung unterstützt. Im Gegenzug sind die Planungsbegünstigten an keine
- 13 Leistung an die Allgemeinheit verpflichtet. Es hat sich ein starkes Ungleichgewicht an
- 14 Profit und Kosten etabliert.
- 15 Um diese Ungleichheit in der Belastung zwischen Gemeinden und Eigentümer*innen
- 16 umzuschichten, muss auf beiden Seiten eine Veränderung geschaffen werden.
- 17 Kommunen entlasten, Eigentümer*innen belasten! Diesem Prinzip folgt die
- 18 Sozialgerechte Bodennutzung (SOBON). Grundlage bietet §1 Abs. 5 Baugesetzbuch:
- 19 „Bauleitpläne sollen [...] eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte
- 20 Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung
- 21 gewährleisten“.
- 22 Das Verfahren beginnt mit einer Planungsvereinbarung zwischen der Kommune und
- 23 die Planungsbegünstigten, in dem sie die Planung und Erstellung auf eigene Kosten

- 24 erklärt. Des Weiteren verpflichtet er*sie sich zu einem Abschluss eines
25 städtebaulichen Vertrages gemäß §11 BauGB. In diesem wird geregelt, wie der*die
26 Planungsbegünstigte seiner*ihrer sozialen Verantwortung gerecht wird.
27 Wir fordern daher:
- 28 • Neben einer Bodenwertsteuer zur Abschöpfung von Planungsgewinnen
29 befürworten wir das Modell der Sozialgerechten Bodennutzung als
30 "Planwertausgleich Light".
 - 31 • Die Münchner SoBoN hat sich seit ihrer Einführung seit vielen Jahren bewährt und
32 wurde seitdem stets weiterentwickelt und verbessert. Wir begrüßen insbesondere
33 die Erhöhung der Erschließungsbeiträge, die Erhöhung der Quote
34 an gefördertem Wohnraum auf 60% des neu geschaffenen Wohnbaurechts, die
35 Verlängerung der Förderbindungen, die Möglichkeit zum Ankauf geförderten
36 Wohnraums zu fairen Preisen durch die Gemeinde bzw. kommunale Unternehmen
37 und das neue Umwandlungsverbot eines großen Teils der Mietwohnungen in
38 Eigentumswohnungen.
 - 39 • Die Münchner SoBoN soll daher künftig flächendeckend in Deutschland gelten.
 - 40 • Zusätzlich soll geprüft werden, ob eine Erweiterung der SoBoN zur Förderung
41 klimafreundlicher Infrastrukturmaßnahmen umsetzbar ist.
 - 42 • Die Gemeinden können bei Bedarf als Ausprägung ihrer kommunalen
43 Selbstverwaltung in eigenen kommunalen Satzungen Anpassungen vornehmen,
44 die allerdings den Charakter der SoBoN nicht wesentlich verändern dürfen.

F Feminismus und Gleichstellung

F Feminismus und Gleichstellung

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag
 Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen
 F-3 Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen

F-3

Titel	Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen

- 1 Wir fordern die Schaffung niedrigschwelliger Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Ge-
- 2 walt und Diskriminierung von Seiten öffentlicher Institutionen. Das bloße Einführen von zum Beispiel Frau-
- 3 en*beauftragten und Gleichstellungsbeauftragten allein reicht nicht aus. Die Angebote müssen auch bei den
- 4 Betroffenen ankommen. Wenn nach Informationen gesucht wird, müssen diese leicht auffindbar sein. Dazu
- 5 zählen entsprechende Keywords auf den Webseiten, damit entsprechende Angebote einfach über Suchma-
- 6 schinen gefunden werden können, wie „Awareness + Name der Universität“, „Belästigung + Name der Univer-
- 7 sität“ etc., sowie auch entsprechend detaillierte Informationen auf den Webseiten mit internen sowie externen
- 8 Ansprechpartner*innen für Betroffene in unterschiedlichen Situationen.
- 9 Sowohl die Informationen als auch die Beratung müssen in verschiedenen Sprachen angeboten werden, damit
- 10 auch nicht deutschsprachige Betroffene das Angebot wahrnehmen können.

P Partei

P Partei

P-1	Jusos Mittelfranken	Wiederherstellung der Vollmitgliedschaft der SPD in der Sozialistischen Internationalen	57
-----	------------------------	---	----

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
 Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPDP-2 Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPD

P-2

Titel	Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPD
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPD

- 1 Alle Menschen sind gleichberechtigt, so sagt es auch der Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention. Die-
- 2 ser garantiert Menschen mit Behinderung die uneingeschränkte Teilhabe am politischen und öffentlichen Le-
- 3 ben.
- 4 In der Realität sieht es aber leider so aus, dass Menschen mit Behinderung diskriminiert werden und nicht an
- 5 politischen Prozessen beteiligt sind. Ganz besonders wird das deutlich, wenn man den prozentualen Anteil der
- 6 Bevölkerung von Menschen mit Behinderung (9,5%) mit dem Anteil im Bundestag (3,2%) vergleicht.[1]
- 7 Deswegen fordern wir bei allen Veranstaltungen der Jusos ab der Bezirksebene und der SPD ab der Kreis-
- 8 verbandsebene nach Prüfung der Notwendigkeit und Möglichkeit folgende Kriterien einzuhalten und vor der
- 9 Veranstaltung auf Verfügbarkeit zu prüfen. Dabei ist die Möglichkeit einer Bereitstellung schriftlich über die
- 10 Homepage oder die Einladung vorab anzubieten:
- 11 **Für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen:**
- 12 Barrierefreie Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- 13 Zugänglichkeit mit Rollstuhl auf dem gesamten Veranstaltungsgelände (z.B. Aufzüge)
- 14 Verfügbarkeit ausreichender, barrierefreier Toiletten/Badezimmer/Schlafgelegenheiten
- 15 Sicherstellung eines angemessenen Mobiliars bei Veranstaltungen für Gespräche und Essen auf Augenhöhe
- 16 (nicht nur Stehtische).
- 17 Adäquate Möglichkeiten zur Wortmeldung und Bühnenerreichbarkeit (zugängliche, nicht zu steile Ram-
- 18 pen)
- 19 **Für Menschen mit Höreinschränkung/Gehörlosigkeit:**
- 20 Möglichkeit eines Hörhilfeanschlusses per Induktionssystem
- 21 Verfügbarkeit einer Gebärdens- oder Schriftdolmetscher*in Für Menschen mit Sehbehinderung oder Blind-
- 22 heit:
- 23 Audio-Transkription bei Filmen
- 24 Angemessene Umgebung für Blinden- und Assistenzhunde (Wassernapf) Für Menschen mit kognitiven Ein-
- 25 schränkungen:
- 26 Antrags-/Beschlussbücher und anderen Publikationen in einfacher Sprache Verwendung von Piktogrammen
- 27 bei komplexen Inhalten unabhängig von der Art der Behinderung:

- 28 Sitzplatz und Verpflegung für etwaige Assistent*innen
- 29 Für uns ist es selbstverständlich, unsere Veranstaltungen zu so gestalten, dass jede*r daran teilhaben kann.
- 30 Mit diesen Rahmenbedingungen kann es uns gelingen, dass Menschen mit Behinderung Politik in unserer
- 31 Partei aktiv erleben und mitgestalten können. So leisten wir einen wertvollen Beitrag, um Artikel 29 der UN-
- 32 Behindertenrechtskonvention im politischen Alltag umzusetzen!
- 33 [1] <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/bundestag-diese-abgeordnetenfehlene291979/>

P-1

Titel	Wiederherstellung der Vollmitgliedschaft der SPD in der Sozialistischen Internationalen
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken
Adressat*innen	

Wiederherstellung der Vollmitgliedschaft der SPD in der Sozialistischen Internationalen

- 1 Wir fordern, dass die SPD wieder Vollmitglied in der Sozialistischen Internationale wird.
- 2 Im Zuge dessen soll der Zusammenschluss reformiert werden. Die SPD soll sich dafür einsetzen im Rahmen
- 3 des eigenen Wiedereintritts und den Reformen die Wiedereintrittsprozesse anderer Parteien voranzutrei-
- 4 ben.
- 5 Unser Reformprogramm für die SI muss mindestens folgende Teile beinhalten:
- 6 • Demokratisierung der SI-Strukturen, sowie der Strukturen der jeweiligen Mitglieder. Das bedeutet kon-
- 7 kret:
 - 8 – Rotation des Vorsitz nach Beispiel der PA und eine Begrenzung der Amtszeiten aller Vorstands-
 - 9 mitglieder,
 - 10 – jährliche Kongresse der SI, die für Mitglieder der Mitgliedsparteien so offen und zugänglich wie
 - 11 möglich zu gestalten sind,
 - 12 – jährliche Neuwahlen der Delegationen bei den entsprechenden Veranstaltungen der Mitglieds-
 - 13 organisation und eine Vergrößerung der Delegiertenzahl.
- 14 • Orientierung an grass roots Bewegungen und Schaffung einer Mitgliederbasis für die SI. Das bedeutet:
 - 15 – weg von einem Elitentreffen hin zu einer Vereinigung für die Basismitglieder, zur internationalen
 - 16 Vernetzung und inhaltlichen Arbeit,
 - 17 – in regelmäßig stattfindenden Foren soll Mitgliedern ermöglicht werden zur inhaltlichen Ausrich-
 - 18 tung der SI beizutragen,
 - 19 – der Aufbau von Geldmitteln zur Erstattung von Reise- und Unterbringungskosten zu SI-
 - 20 Veranstaltungen muss eine hohe Priorität einnehmen,
 - 21 – die enge Einbindung von sozialistischen und demokratischen Organisationen und Gewerkschaf-
 - 22 ten ohne parteipolitischer Zugehörigkeit muss erfolgen.
- 23 • Die SI muss zu einem Motor für inhaltlich erstklassige Arbeit werden, dies kann beispielsweise durch
- 24 eine Orientierung an den grass roots Strukturen der IUSY erfolgen:
 - 25 – Einrichtung von Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen und für die Repräsentation global mar-
 - 26 ginalisierter Gruppen (z.B. queere Menschen, Frauen, PoC, ...),
 - 27 – Einrichtung von regionalen Komitees zur Diskussion von Themen jenseits nationaler Grenzen
 - 28 mit einer Relevanz für eine spezielle Welt- oder Krisenregion,
 - 29 – Einbindung von sozialistischen und demokratischen think tanks, Stiftungen und Institutionen
 - 30 wie beispielsweise die FES, das Olof Palme Fredscenter oder die FEPS.

- 31 • Die Progressive Allianz soll nicht abgeschafft werden, sondern Schritt für Schritt überflüssig gemacht
32 werden. Die SPD soll in beiden Verbänden eine klare internationalistische, demokratische und
33 sozialistische Haltung einnehmen.
- 34 • Die IUSY muss das Anrecht auf mindestens eine Vertretung im engeren Vorstand der SI bekommen,
35 sollte ein Wiedereintritt erfolgen
- 36 Es ist zu beachten, dass diese Reformen nur ein Teil eines weiterführenden Prozesses zur Neuausrichtung der
37 SI sein können um die internationale sozialistische Bewegung wieder von Grund auf zu fördern.

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W-1 Jusos Oberbayern Gründung kommunaler Unternehmen erleichtern

60

W-1

Titel	Gründung kommunaler Unternehmen erleichtern
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

Gründung kommunaler Unternehmen erleichtern

- 1 Gemeinden müssen die Möglichkeit erhalten, im Einzelfall frei über den Erhalt oder
- 2 die Gründung kommunaler Unternehmen zu entscheiden.
- 3 Insbesondere Art. 61 II 2 der Bayerischen Gemeindeordnung (BayGO) ist daher zu
- 4 streichen („Aufgaben sollen in geeigneten Fällen daraufhin untersucht werden, ob und
- 5 in welchem Umfang sie durch nichtkommunale Stellen, insbesondere durch private
- 6 Dritte oder unter Heranziehung Dritter, mindestens ebenso gut erledigt werden
- 7 können.“).
- 8 Außerdem sind die Anforderungen (insbesondere des Artikel 87 BayGO) zugunsten
- 9 kommunaler Unternehmen zu erleichtern. Insbesondere die Regelungen, dass ein
- 10 öffentlicher Zweck das Unternehmen „erfordern“ muss, ist anzupassen.
- 11 Am besten wäre es aber, wenn die Gemeinden im Einzelfall frei über die Gründung
- 12 kommunaler Unternehmen entscheiden könnten, also weder Erforderlichkeit noch
- 13 Nutzen begründen müssten. Es ist daher langfristig darauf hinzuwirken, dass die
- 14 entsprechenden Regelungen der EU und der World Trade Organisation (WTO) dies
- 15 künftig ermöglichen.